



Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz

AZB
3001 Bern

Dir. Schweiz: Landesbibliothek
Halmwistrasse 15
3003 Bern

Herausgeberin/Redaktion Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz Postfach 6136 3001 Bern Telefon 031 320 35 35 Fax 031 320 35 00 E-Mail gs@fdp-prd.ch Internet www.fdp.ch	Inserate Kretz AG Verlag und Annoncen General Wille-Strasse 147 8706 Feldmeilen Telefon 01 925 50 60 Fax 01 925 50 77 E-Mail fdp.annoncen@kretzag.ch Internet www.kretzag.ch	Layout/Druck NZZ PRINT Postfach 8021 Zürich Telefon 01 258 15 02 Fax 01 258 18 99 ISDN 01 773 11 15 E-Mail print@nzz.ch Internet www.nzzprint.ch
--	---	---

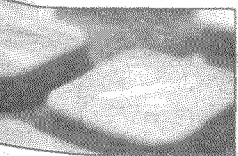
Offizielles Organ der FDP Schweiz.

24. Jahrgang. Erscheint monatlich.

Inhalt

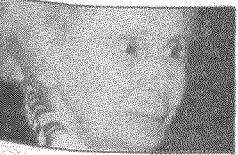


Das Handwerk legen
Gedanken zum Neuen
Finanzausgleich. **6**



Rund ums Gold
Gegenüberstellung
zweier Ansichten. **8/9**

DV in Hergiswil
Willkommen im
Kt. Nidwalden. **11-14**



Auslandschweizer-Preis
Raymonde Berthoud. **16**

Anzeige

Innotherm

Öl-Kondensationsheizungen erreichen einen Wirkungsgrad von 103%.

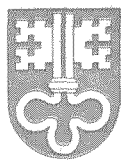
INNOTHERM

Innotherm AG - Talackerstr. 14 - 8274 Tägerwil
Telefon 071 669 28 82 - Fax 071 669 28 87

Ein Kanton auf der Überholspur

Erste DV der FDP Schweiz in Nidwalden (11.-13. 4.)

Die amerikanische TV-Station «CNN» sei mittlerweile nicht nur in Patagonien, sondern auch in Nidwalden empfangbar. Das schrieb dereinst eine grosse Tageszeitung. Der Kanton «Nid dem Wald» gilt nicht nur in Zürich als rückständig. Ein genauer Blick zeigt aber das Gegenteil.



Das Gesicht Nidwaldens hat sich in den letzten Jahren verändert.

Dank der hohen Lebensqualität, der zentralen Verkehrslage in der Schweiz und Europa, dem günstigen Steuerklima und der Nähe zur Stadt Luzern wuchs die Bevölkerung ständig. Durch all diese Faktoren weist Nidwalden gemäss der eidgenössischen Volkszählung aus dem Jahr 2000 eine der grössten Zuwachsraten aller Kantone auf. Der Kanton befindet sich ohne Zweifel im Wandel, ein Wandel, der noch nicht abgeschlossen ist und in dem Tradition und Moderne vereint werden müssen.

Rasante Entwicklung

Entwickelt hat sich in den letzten 50 Jahren vor allem die Wirtschaft. Durch den Ausbau des Strassen- und Schienennetzes in

den fünfziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts hat sich die wirtschaftliche und soziale Entwicklung beschleunigt. Die Volkswirtschaft verfügt über einen traditionellen Zweig, der vor allem durch Gewerbe und Industrie geprägt wird. In diesem Bereich spielt neben dem Bau- und dem Baunebengewerbe vor allem die Pilatus-Flugzeugwerke AG eine bedeutende Rolle. Sie bewegt sich mit ihren rund 850 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erfolgreich im internationalen Markt, birgt für den Kanton auf Grund der vielen Angestellten aber auch ein gewisses Risiko. Der zweitgrösste Arbeitgeber nach der «Pilatus» ist das renommierte Marktforschungsinstitut IHA-GfK in Hergiswil mit ca. 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Dank dem günstigen Wirtschaftsklima – zu dessen Gestaltung die Nidwaldner

Liberalen massgeblich beigetragen haben und auch in Zukunft beitragen werden – fanden auch zahlreiche andere Unternehmen den Weg nach Nidwalden. Dazu zählen u. a. Fresenius Medical Care (Schweiz) AG und Leuag AG im Medizinalbereich, die mit dem KMU-Oscar der FDP ausgezeichnete Informing AG aus dem IT-Bereich, Bettermann/Wolfo (Maschinenbau) oder Montana Sport AG, Salomon (Schweiz) AG und Rossignol Ski AG aus dem Sportartikelbereich. Gerade die Dienstleistungsbetriebe haben von dem günstigen Klima im Kanton profitiert. Ihre Kennzahlen haben sich auch im Jahr 2001 positiv entwickelt. Die günstige geographische Lage macht aber auch den Tourismus zu einem wichtigen Wirtschaftszweig. Zu einem besonderen Anziehungspunkt ist das Stanserhorn mit seinem neuen Drehrestaurant geworden. Neben den Berghütten und den 14 Campingplätzen finden sich auch Ferienwohnungen und 5-Sterne-Hotels im Angebot. Und kulinarisch haben nicht

nur Äpler-Magronen, Brat-chäs und Ofetori eine lange Tradition, sondern auch die Sbrinz-Produktion. Zwar werden Tradition und Brauchtum von zahlreichen Vereinen gepflegt. Das andere, das «moderne» Nidwalden und sein Kulturan-gebot können sich qualitativ durchaus mit städtischen Standards messen. Ein Ereignis mit nationaler Ausstrahlung sind sicherlich die «Stanser Musik-tage», welche jeweils im Frühling stattfinden. Dieses Jahr vom 2. bis 7. April. Vor allem international bekannte Jazzmusiker sind während der Veranstaltung jeweils auf dem Stanser Dorfplatz anzutreffen. Zu nennen sind aber auch die zahlreichen Laientheater, welche wie das Theater Stans auch überregionales Ansehen geniessen. Und nicht vergessen sollte man schliesslich auch das Nidwaldner Museum oder die bildende Kunst mit Ausstellungsräumen in Stansstad, Stans und Beckenried. ■

3. Sekretären-Skitag

Auf das 3. März-Wochenende lud die frühere St. Galler Kantonalsekretärin, Regula Kuhn, ihre ehemaligen Kolleginnen und Kollegen zum Skiwochenende nach Meiringen-Hasliberg ein.

Bei herrlichen Schnee- und Wetterverhältnissen war es den aus der ganzen Schweiz angereisten FDP-

Apparatschiks vergönnt, zwei erholsame Tage im Berner Oberland zu verbringen. Wer glaubte, dass sie für einmal die Politik zur Seite legen, sah sich getäuscht. Zum einen wurden in lockeren Stammtischgesprächen Ideen für die Parteiführung und Wahlkämpfe ausgetauscht, zum andern stand Regula Kuhn mitten im Wahlkampf für die Berner

Grossratswahlen. Selbst auf der Piste und am Skilift nutzen die Kolleginnen und Kollegen jede Gelegenheit, mit Leuten aus dem Oberhasli ins Gespräch zu kommen, um für Regula Kuhn Wahlwerbung zu machen. Eines ist sicher, wenn Regula gewählt wird, bestätigt sich der Spruch: «Der Erfolg hat viele Väter.» In unserem Falle auch Mütter. ■



Während sich die einen auf den Pisten tummelten, genossen die andern die Fernsicht.

Bild: rus

Engagierte Diskussion

Die ehemaligen Mitglieder der FDP-Fraktion bleiben am Ball

Seit bald zwei Jahren treffen sich die ehemaligen Mitglieder der FDP-Fraktion des eidgenössischen Parlamentes während jeder Session zu ihrer traditionellen Zusammenkunft.

Es zeigte sich einmal mehr, dass die Beteiligung von

Mal zu Mal grösser wird. Dies ist nicht zuletzt dem rührigen Einsatz von Ernst Mühlemann zu verdanken. Er versteht es immer wieder, die Themen so zu legen, dass sie mit der Tagesaktualität zusammenfallen. In der Frühjahrssession war zum ersten Mal Parteipräsident Gerold

Bührer mit von der Partie. Nach einer offenen Darstellung seiner Ziele im politischen Bereich unterliess er es nicht, auch seine hochgesteckten Wahlziele auf den Tisch zu legen. In der anschliessenden Diskussion war spürbar, dass sich selbst die «Ehemaligen» einsetzen liessen, um

mit Rat und Tat die gesetzten Ziele zu erreichen. In der Frage um die «Solidaritätsstiftung» spürte man, dass hier eine Generation diskutierte, welche dieses Wort wohl weniger in den Mund nimmt, dafür bereit ist, es umzusetzen. Im Rückblick auf die Uno-

Abstimmung wurde der aktive Luzerner Nationalrat, Karl Tschuppert, als «Sieger» im Kampf um das Uno-Ja gefeiert, war er doch einer jener Mitstreiter, welche sich von Gegnern im Jahre 1986 zu überzeugten Uno-Befürwortern wandelten. ■



Karl Tschuppert, Ernst Mühlemann und Parteipräsident Gerold Bührer gehen auf alle Fragen aus der Runde ein.



Eine illustre Runde «Ehemaliger», die mit ihren Voten bewiesen, dass sie politisch immer noch am Ball sind.

Bilder: rus

Liberalisierung im Zentrum

Kongress der JF Schweiz in Romanshorn und St. Gallen

Kürzlich trafen sich 70 Mitglieder der Jungfreisinnigen Schweiz (JFS) zum 74. Kongress in Romanshorn und St. Gallen. Das Thema Liberalisierung sorgte für Kontroversen unter den prominenten Nationalpolitikern. Auch stand die ordentliche Jahresversammlung der JFS im Grossratssaal St. Gallen auf dem Programm.

Ex-Nationalrat Ernst Mühlemann begrüusste die Teilnehmer mit einer humorvollen Retrospektive über den Kanton Thurgau und der Vision eines Europas der Regionen. In intensiven Gruppendiskussionen zum ordnungspolitischen Sündenfall «Swissair», zur Zukunftsperspektive einer



liberalisierten Bildungspolitik und zum aktuellen Thema der Öffnung des Strommarktes (EMG) verschafften sich die jugendlichen Politiker Gehör bei gestanden Nationalparla-

mentariern. An der anschliessenden Podiumsdiskussion erläuterte Gerold Bühler nochmals den Ausnahmefall «Swissair», der auf Grund der herausragenden Standortbedeu-

tung des internationalen Flugverkehrs für die Schweiz nötig sei, aber einzigartig bleiben müsse.

CVP-Präsident Philipp Stähelin war sich mit SP-Nationalrat Andrea Hämmerle einig, dass die Grundschulen keinen Platz für Privatisierung bieten. Dieser Konsens mit Hämmerle veranlasste den Thurgauer Ständerat zur ironischen Bemerkung, solche Übereinstimmungen seien gerade sein Problem als CVP-Präsident. Sowohl in der Swissair wie auch in der Bildungsdebatte blieb SVP-Nationalrat Peter Spuhler mit seiner parteiprogrammtreuen Haltung abseits.

Nach einleitenden Worten von FDP-Nationalrat Peter Weigelt führten die Jungfreisinnigen Schweiz dann einen Tag später ihre ordentliche Jahresversammlung im Grossratssaal von St. Gallen durch. Neben den Vorstandswahlen verabschiedete die Jungpar-

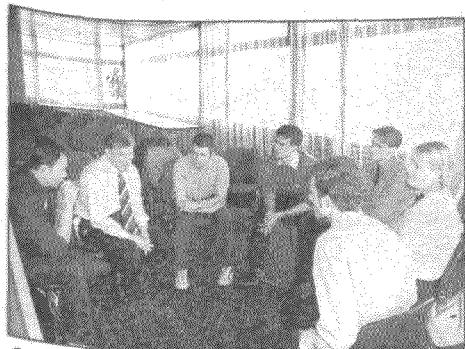
tei ihre Positionspapiere zu den Themen «Klimapolitik» und «Energiepolitik». Die Jungfreisinnigen bestätigten ihren liberalen Kurs in Sachen Öffnung des Strommarktes und befürworteten einen langfristigen Ausstieg aus der konventionellen Atomenergie sowie vermehrte Forschung auf dem Gebiet neuer Energietechnologien. Erfreut konnte JFS-Präsident Daniel Helfenfinger feststellen, dass die Jungfreisinnigen weiterhin die grösste Jungpartei der Schweiz sind und nach der erfolgreichen Uno-Kampagne, deren Hauptbestandteile die Konzertreihe mit Schweizer Bands darstellte, sich einen festen Platz im schweizerischen Politgefüge gesichert haben. ■



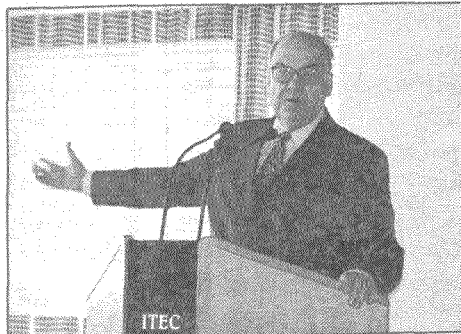
NR Peter Spuhler, SVP, und Gerold Bühler, FDP.



SR Philipp Stähelin und NR Andrea Hämmerle.



Gruppengespräch mit FDP-Präsident.



Der Thurgauer Ex-NR Ernst Mühlemann.

Mitarbeiter des Generalsekretariates

Who's who?

Bruno Henggi

Geburtsdatum:
27. Januar 1959

Bürgerort:
Erlenbach BE

Wohnort:
Riehen BS

Zivilstand:
verheiratet

Hobbys:
Geschichte, Malerei,
Jogging

Ausbildung:

- 1974–78 Gymnasium: Matura Typus C
- 1978–81 Universität Bern (Geschichte/Staatsrecht)
- 1981–83 Staatliches Seminar: Lehrpatent Kanton Bern

Berufliche Tätigkeit:

- 2000–2002 Leiter Kommunikation/Medien
BATIGROUP AG
- 1996–2000 Expo-Beauftragter Kanton
Bern/Informationsbeauftragter
Volkswirtschaftsdirektion Kanton Bern
- 1984–1996 Journalist Radio DRS
- 1994–1996 freier Mitarbeiter NZZ

Meine Aufgabe im GS:

- Fraktionssekretär
 - Schnittstelle Partei/Fraktion
 - Betreuung der Parteigremien
 - Geschäftsführung Club Radical
 - Sicherheitspolitik
 - Ausbildungsaktivitäten
 - Mitarbeit Personalplanung Bundesverwaltung



Henriette Küffer

Geburtsdatum:
28. August 1979

Bürgerort:
Ins BE

Wohnort:
Bern

Zivilstand:
ledig

Hobbys:
Literatur, Malerei,
Architektur

Ausbildung:

- 1986–1990: Primarschule Büren a. A.
- 1990–1992: Sekundarschule Büren a. A.
- 1992–1999: Deutsches Gymnasium Biel mit
Abschluss Maturitätstypus B
- ab 1999 Studium der Rechtswissenschaften an der
Universität Bern

Vorherige Tätigkeit:

- Diverse studentische Nebenjobs und Praktika

Meine Aufgabe im GS:

- Fraktionssekretariat



Nüchternheit gewinnt

Aussenpolitische Flurbereinigung, innenpolitische Prioritäten

Viermal haben sich die Schweizer Bürgerinnen und Bürger seit 1999 zur Aussenpolitik geäussert, viermal hat die FDP gewonnen. Damit ist das aussenpolitische Instrumentarium insgesamt wesentlich ergänzt worden. Parallel dazu hat sich diese Woche gezeigt, dass die FDP als einzige bürgerliche Bundesratspartei voll und ganz zur Landesausstellung Expo.02 steht.

Von FDP-Generalsekretär
Guido Schommer, Bern



Guido Schommer

ten in SVP und Auns (Ablehnung der Bilateralen, der Militärgesetzrevision sowie des Uno-Beitritts) ist gescheitert. Jetzt werden Schuldige gesucht: Nur so ist das totalitäre Treiben gegen die Uno-Befürworter innerhalb der SVP zu erklären. Jenen, die sich keinen Maulkorb anlegen liessen und für ihre Überzeugung eintraten, wird jetzt mit Ausschluss oder Nichtnominierung vor den nächsten Erneuerungswahlen gedroht: In der Schweiz bisher unbekanntes Disziplinierungsmassnahmen, die den doktrinären Geist der SVP- und der weitgehend identischen Auns-Führercrew an die Oberfläche spülen.

Herzlichen Dank, liebe Freisinnige

Es besteht kein Zweifel: Die Uno-Abstimmung wurde in einer Auseinandersetzung zwischen den bürgerlichen Parteien unterschieden. Den freisinnigen Wählerinnen und Wählern kam dabei eine Schlüsselrolle zu. Untersuchungen am Beispiel des Schlüsselkantons Aargau zeigen

dies sehr deutlich. Die CVP hat ein augenfälliges Problem mit ihrer Basis (oder die Basis mit ihrer Führungsequipe), stimmten doch beispielsweise im Aargau nicht einmal die Hälfte der CVP-Sympathisanten für den Uno-Beitritt. Dies obwohl CVP-Bundesrat Deiss als Aussenminister dafür kämpfte. Mit anderen Worten: Die freisinnigen, bürgerlich-liberalen Kräfte, die für einen weitoffenen Patriotismus stehen, haben diese Abstimmung mit ihrem Engagement und ihren Stimmen im positiven Sinne entschieden. Dafür gebührt ihnen an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön. Dieses geht auch an jene, die mitgeholfen haben, das überholte Gewerkschaftsanliegen der starren, gesetzlich vorgeschriebenen 36-Stunden-Woche zu verhindern, allen voran an Bundesrat Pascal Couchepin. Eine weitere der chancenlosen Gewerkschaftsinitiativen ist damit bereinigt.

Stark in den Regierungswahlen

Die FDP-Bilanz am Wahlwochenende ist durchzogen: Im Kanton Nidwalden konnte zu den bestehenden zwei Regierungsratssitzen ein neuer dazugewonnen werden. Herzliche Gratulation! Gleichzeitig hat FDP-Kandidat Martin Schmid bei den Regierungswahlen in Graubünden ein sehr gutes Ergebnis erreicht, so dass sich der deutlich geschlagene

CVP-Kandidat inzwischen zurückziehen musste. Schmid hat im zweiten Wahlgang ausgezeichnete Wahlchancen. In den Städten Zürich und Winterthur konnten die zwei Sitze in den Stadtregierungen erfolgreich verteidigt werden, in Zürich kommt im zweiten Wahlgang eventuell noch ein dritter dazu. Die Parlamentswahlen zeigen jedoch ein anderes Bild: Hier hat die FDP vor allem in der Waadt, aber auch in der Stadt Zürich und in Unterwalden Federn lassen müssen. Weshalb diese Verluste zustande kamen, wird die genaue Auswertung und Analyse zeigen müssen. Dass diese Resultate keinem generellen Trend entsprechen, zeigt die Tatsache, dass die FDP in der ganzen kantonalen Parlamentssitze per saldo fast halten konnte.

Die Landesausstellung Expo.02 findet statt

Innenpolitisch hat die FDP Prioritäten gesetzt: Sie ist als einzige bürgerliche Bundesratspartei zu hundert Prozent bereit – im Nationalrat bei vollständiger Präsenz und mit allen Stimmen –, das patriotische Projekt namens Landesausstellung Expo.02 mitzutragen. Die SVP war im alten Comité stratégique, das im Herbst 1999 aufgegeben musste, prominent vertreten. Seit der Übernahme des Expo-Präsidioms durch Franz Steingger findet sie keinen guten

Faden mehr am Projekt. Die CVP hat sich in dieser Woche mit den Stimmen der halben Fraktion von der Landesausstellung verabschiedet. Wie im Nachhinein von Nationalrat Felix Walker zu erfahren war, um zu demonstrieren, dass man in diesem Land die CVP brauche. Was noch zu beweisen wäre: Denn es hätte auch ohne die andere Hälfte der CVP-Fraktion zu einem Ja zum Zusatzkredit gereicht.

Die FDP hat das aussenpolitische Instrumentarium erweitert. Jetzt muss es eingesetzt und intelligent genutzt werden. Der Spielraum für aussenpolitische Quantensprünge ist jedoch nicht vorhanden, das hat gemäss Abstimmungsinterpretation auch der zuständige Aussenminister erkannt. Es ist zu hoffen und zu erwarten, dass diese neue Nüchternheit keine Eintagsfliege war. Eine ähnliche Nüchternheit darf vom Parlament erwartet werden, wenn es jetzt um die Frage geht, mit welchen Mitteln die schädliche Goldverschleudungsinitiative der SVP bekämpft werden soll. Auch da sind Prioritäten zu setzen. ■

Verschwendern das Handwerk legen

Gedanken zum Neuen Finanzausgleich

Der heute geltende Finanz- und Lastenausgleich zwischen Bund und Kantonen und finanzstarken und finanzschwachen Kantonen untereinander hat ausgedient. Im Lauf der Zeit ist das seit rund 40 Jahren praktizierte Modell zu einem unübersichtlichen Dickicht geworden, in welchem die Flüsse der rund 13 Milliarden Franken, die jährlich umverteilt werden, kaum noch nachvollziehbar sind.

Von Nationalrätin Maya Lalive d'Épinay (FDP/SZ), Mitglied der nationalrätlichen Spezialkommission zum Neuen Finanzausgleich



Nationalrätin Maya Lalive d'Épinay.

Das derzeit noch zur Anwendung gelangende Konstrukt ist manipulierbar geworden – und wird manipuliert. Gleichzeitig haben die Kantone viel von ihrer finanz- und staatspolitischen Eigenständigkeit verloren. Der seines ursprünglichen Sinns weitgehend beraubte Finanzausgleich soll deshalb erneuert werden. Diese Session hat die politische Diskussion im Parlament begonnen.

Eines der obersten Staatsziele der Schweiz ist es, allen Einwohnerinnen und Einwohnern nicht nur zu gleichem Recht, sondern grundsätzlich auch zu gleichen Möglichkeiten zu verhelfen. Chancengleichheit in diesem Sinn meint beispielsweise, dass niemand grössere Nachteile daraus ziehen müssen, dass er nicht in einer Wirtschaftsmetropole wohnt, sondern in einer Berggemeinde. Im neuen Finanzausgleich sollen u. a. aus diesen Gründen nun erstmals neue Para-

meter zur Anwendung gelangen, etwa der sogenannte «soziodemographische Ausgleich»: Kantonen mit überdurchschnittlich vielen Auszubildenden, überdurchschnittlich vielen Älteren und überdurchschnittlich vielen in Armut Lebenden soll durch die entsprechenden Bessergestellten geholfen werden. Solche Modelle zielen ohne Zweifel in die richtige Richtung. Darüber hinaus bedarf es aber auch klarer Anreize, welche darauf hinstreben, die zur Verfügung stehenden Mittel – sprich Steuern! – in den einzelnen Kantonen effizient und zielgerichtet einzusetzen.

Kostenbewusstsein belohnen

Der Grundgedanke des Finanzausgleichs ist ein Ge-

danke der Solidarität: Wer (unverschuldet) geringere Möglichkeiten hat, dem soll durch Leute, die von vornherein in einer günstigeren Ausgangslage stehen, geholfen werden. Dagegen hat niemand etwas einzuwenden, dieses Prinzip entspricht liberalen Grundsätzen und dient der innenpolitischen Stabilität.

Wenn folglich der Massstab auch im neuen Finanzausgleich weiterhin Solidarität heissen soll, darf die Umverteilung (16 Kantone/Halbkantone sollen nach dem bundesrätlichen Vorschlag entlastet oder stärker begünstigt werden, 10 dagegen stärker belastet) nicht nur an der aktuellen Finanzkraft eines Kantons gemessen werden. Diese ist nämlich nicht in jedem Fall historisch oder geographisch bedingt (und damit «unverschuldet»), sondern kann auch das Resultat richtiger oder verfehlter Politik sein. Während es einzelnen Kantonen gelungen ist, stark zu werden, weil sie beispielsweise durch die Schaffung optimaler wirtschaftlicher und infrastruktureller Rahmenbedingungen mehr Steuersubstrat generierten oder weil sie bewusst sparsam haushalteten, verblieben andere Kantone passiv oder legten wenig Wert auf einen effizienten Umgang mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln – und verliessen sich auf den bestehenden Finanzausgleich.

Dazu kommt, dass der aktuelle Finanzausgleich leider in vielen Bereichen Anreiz zu verschwenderischem statt zu sparsamem Einsatz der Geldmittel bietet. So verleiten etwa die prozentual festgelegten Beitragssätze des Bundes an einzelne Aufgabenbereiche die Kantone dazu, möglichst teure Lösungen zu realisieren, ein finanzpolitischer Bumerang. Seinem Grundsatz nach ist der nationale Finanzausgleich in mancherlei Hinsicht auch ein Abbild des Finanzausgleichs, wie wir ihn aus den Kantonen kennen: Auch dort ziehen manche (Gemeinden) Steuerzahler wie Magneten an, andere dagegen kommen einfach nicht vom Fleck: Sie liegen entlegen, ihnen fehlt Bevölkerung, Steuersubstrat und Infrastruktur. Hier greift der Finanzausgleich.

Haushälterischen Umgang mit Steuergeldern belohnen

Dann aber – und hier liegt der springende Punkt – gibt es reiche Gemeinden, die liegen unmittelbar neben armen. Und hier ist nicht selten die Beobachtung zu machen, dass gewisser Reichtum eben nicht «unverschuldet» ist, sondern sehr wohl auch willentliche Ursachen hat. Dasselbe gilt für die «Armut» gewisser Gemeinden, die nicht immer durch demo- oder topographische Faktoren erklärbar ist, sondern halt auch mit Passivität in Be-

zug auf Wirtschafts- und Standortförderung zu tun hat oder Gleichgültigkeit gegenüber dem Einsatz der vom Bürger zu Verfügung gestellten Mittel – sprich Steuern. Ziel des neuen nationalen Finanzausgleichs muss es deshalb sein, genau dem entgegenzuwirken und aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Nicht die Passiven, sondern die Aktiven, nicht die Verschwenderischen, sondern die Kostenbewussten sollen belohnt werden.

Ansatz, der sich bewährt

Was jetzt auf nationaler Ebene diskutiert wird, greift seit kurzem im Kanton Schwyz. Auch in diesem Kanton gibt es ausgeprägte Unterschiede zwischen finanzstarken und finanzschwachen Gemeinden und spielen demo-, sozio- und topographische Faktoren eine wichtige Rolle. Um das Kostenbewusstsein aller zu stärken, wird nun im neuen kantonalen Finanzausgleich des Kantons Schwyz, der zwischenzeitlich als einer der modernsten in der Schweiz gilt, nach gemeinsam festgelegten, eindeutigen und vor allem nach vergleichbaren Kriterien definiert, welche öffentlichen Leistungen eines Gemeinwesens als Standardleistung anzusehen sind und wie viel diese – beispielsweise ein Laufmeter Strasse – im kantonalen Durchschnitt kosten. Durch Ausgleichszahlungen belohnt werden

in der Folge Gemeinden, die auf Grund dieser Kriterien Aufwendungen unter dem kantonalen Durchschnitt aufweisen, also nachweislich kostenbewusst haushalten. Verschwenderisch haushaltende Gemeinden dagegen werden insofern bestraft, als sie diejenigen Kosten, welche über dem kantonalen Mittel liegen, selber tragen müssen. Die neue Praxis zeitigt bereits Folgen: Zahlreiche sogenannte Hochsteuer-Gemeinden konnten ihre Steuersätze markant senken. Genau das soll und muss das Ziel des nationalen Finanzausgleiches sein, und genau das muss auch das Ziel der parlamentarischen Beratung aus liberal-bürgerlicher Sicht sein.

Neuer Finanzausgleich als Alternative zur Steuerharmonisierung

Der jetzt im National- und im Ständerat je durch eine eigens zur Vorberatung eingesetzte Spezialkommission in Bearbeitung befindliche Neue Finanzausgleich des Bundes wird noch einiges zu reden geben. Immerhin: Was man jetzt schon sagen kann, ist, dass er klar eintretenswürdig ist. Der Neue Finanzausgleich unterscheidet den Themenkreis «Solidarität unter den Kantonen» grundsätzlich klarer als der gegenwärtig praktizierte von Fragen der Entflech-

tung von Bundes- bzw. Kantonsaufgaben. Und er führt, soweit wir heute sehen können, wenn nicht zu mehr Gerechtigkeit, so doch wenigstens nicht zu mehr Ungerechtigkeit beim Umverteilungsmechanismus. Auf den Neuen Finanzausgleich ist schon deshalb sicherlich positiv zu reagieren. Und wenn es gelingt, im vorgängig skizzierten Sinne zusätzliche kostenbewusstseinsfördernde Anreize zu verankern, dürfte die Frage der Umverteilungsgerechtigkeit aus liberal-bürgerlicher Sicht sogar positiv beantwortet werden können. Unter diesem Aspekt ist der Neue Finanzausgleich gleichzeitig als echte Alternative denjenigen Bestrebungen gegenüber zu sehen, die anstelle einer auf Solidarität und Anreizen basierenden Umverteilung lieber eine sogenannte «Steuerharmonisierung» sähen. An dieser jedoch wäre nichts harmonisch ausser ihrem Namen. Ihr Ziel wäre die flächendeckende Einengung aller Kantone in ein gleichmässiges und gleichmacherisches Steuerkorsett. Was zwar fair tönt, aber fatale Folgen hätte. Zum Beispiel die, dass es in absehbarer Zeit nichts mehr umzuverteilen gäbe ...

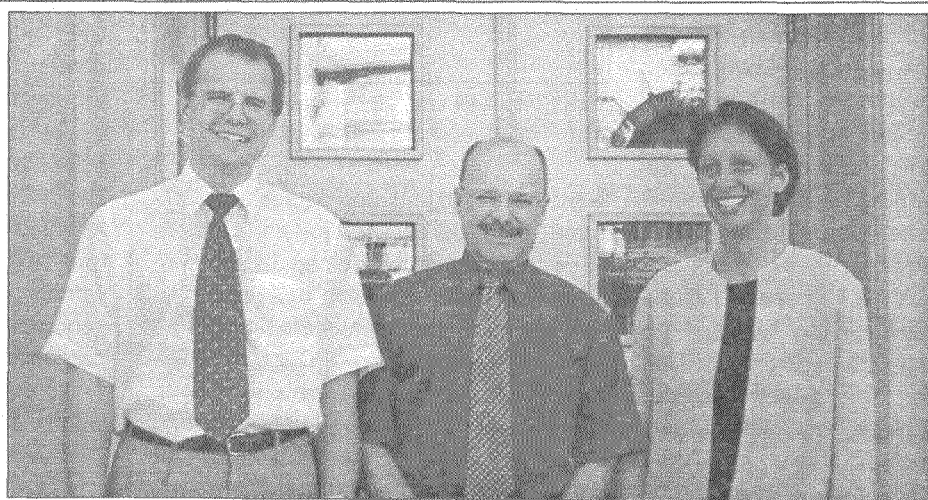
Staatspolitisch vernünftig – sachlich richtig

Standorte der neuen Bundesgerichte

Die FDP des Kantons St. Gallen nimmt den für die Ostschweiz positiven Entscheid des Ständerates in Sachen «Standorte der neuen Bundesgerichte» mit grosser Freude und sichtlicher Erleichterung zur Kenntnis. Die Mehrheit des Ständerates hat erkannt, dass ein föderaler Bundesstaat auf einem fairen und echten Interessenausgleich zwischen Nord und Süd, zwischen West und Ost beruht. Die Distanzargumente, die im Vorfeld gegen St. Gallen ins Feld geführt worden sind, haben richtigerweise nicht

überzeugt. In der kleinräumigen Schweiz dürfen solche Überlegungen denn auch keine übergeordnete Rolle spielen. Alles andere wäre eine Beleidigung für einen ganzen Landesteil. Diese späte Einsicht stimmt optimistisch – ist staatspolitisch vernünftig. Im überaus klaren Vorentscheid des Ständerates kommt noch etwas Weiteres positiv zum Ausdruck: Wenn wir letztlich gewonnen haben, so nur deshalb, weil dieses Mal Exponenten aller Ebenen mit viel Engagement für eine sachlich überzeugende Lösung ein-

getreten sind, weil wir mit viel «Herzblut» gekämpft haben. Dieses selbstbewusste Verhalten ist für uns Ostschweizer neu – trotzdem aber richtig und zukunftsweisend. Wir haben in den letzten Monaten nämlich gelernt, dass auch wir gegenüber Bundesbern stark sind, wenn wir über alle parteipolitischen Grenzen hinweg zusammenarbeiten. Diese Erkenntnis ist mindestens so erfreulich wie der Ständeratsentscheid an sich und lässt auf inskünftig bessere Zeiten hoffen.



Kantonalsekretärin Christine Schmid, der Herisauer Gemeindepräsident Kurt Kägi und Kantonalpräsident Roman Messmer freuen sich auf ihr eigenes Kopfblatt.

«Appenzeller Freisinn»

Kopfblattfamilie wächst weiter

Der «Freisinn» bekommt ein neues Kopfblatt. Ab der Ausgabe vom Mai 2002 hat auch Appenzell Ausserrhoden eine eigene freisinnige Monatszeitung. Die

schweizerische Ausgabe wird durch Seiten der FDP Ausserrhoden ergänzt. Wir heissen den «Appenzeller Freisinn» in der Kopfblattfamilie der FDP willkommen!

Anzeige

bis 80 Personen

Chibouchee 天香樓

Chinoise-, Bourguignonne-, Cheese Fondues

SPYCHER FONDUE-HOUSE

Eisengasse 15 ▲ 6004 Luzern ☐ Switzerland

▲ Phone +41-41-412 37 37 ▲
▲ Fax +41-41-410 43 83 ▲
▲ e-mail restaurant@fondue-house.ch ▲
▲ www.fondue-house.ch ▲

Rund ums Gold

Solidaritätsstiftung

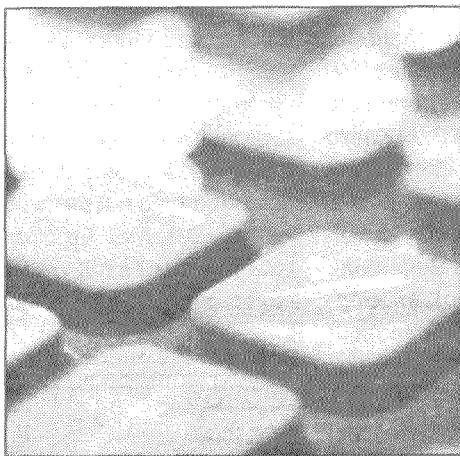
Eine Totgeburt

Die Solidaritätsstiftung stand von Anfang an unter keinem guten Stern. Die Idee dazu entstand ursprünglich unter ausländischem Druck; später musste plötzlich ein neuer Stiftungszweck gefunden werden.

Von FDP-Ständerat Hans-Rudolf Merz, Herisau (AR)

Überzeugt von der Solidaritätsstiftung ist kaum jemand, und es ist nicht zuletzt auf Grund der wachsenden Bundesschulden absehbar, dass sie auch im Volk keinen Rückhalt finden wird.

Im März 1997, am Beginn der beispiellosen Kampagne gegen die Schweiz des Zweiten Weltkrieges, stellte der Bundesrat die Solidaritätsstiftung als «Antwort auf die moralische Aufarbeitung unserer Vergangenheit» vor. Gefruchtet haben diese Bemühungen wenig: Ab Mai 1997 verschärfte sich der Ton gegenüber der Schweiz, es kam zu Banken-Boykotten, im März 1998 drohte Edgar Bronf-

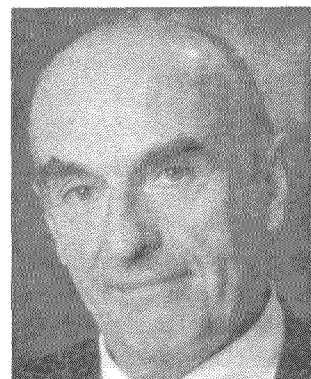


Muss das Volk über die Verteilung des «Familiensilbers» entscheiden?

man, der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, der Schweiz gar mit «totalem Krieg». Im August desselben Jahres kam es sodann zum Vergleich der Grossbanken mit den Sammelklägern im Betrag von rund 2 Mrd. Franken. Der ursprüngliche Stiftungszweck ist hinfällig geworden. Nun waren neue Argumente gefragt. Sie waren dem Bundesrat schnell zur Hand: Kampf gegen Armut und Gewalt. Die Stiftung soll während 30 Jahren aus den für die Währungspolitik der Schweizerischen Nationalbank (SNB) nicht mehr benötigten Reserven gespiesen werden. Sie kann mit einem jährlichen Betrag von bis zu 300 Mio., also insgesamt rund 9 Mrd. Franken, rechnen.

Nicht zu verantworten

Diesem Vorhaben ist zu opponieren. Die Solidaritätsstiftung ist von ihrer Entstehung her, vor allem aber im Angesicht der Zukunft unserer öffentlichen Finanzen nicht verantwortbar und daher im We-



Hans-Rudolf Merz.

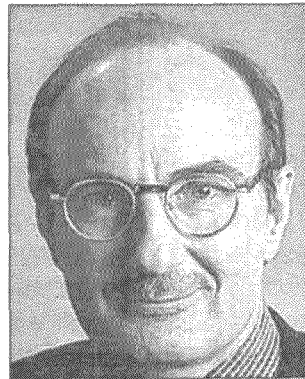
Alles Gold weg ...

... oder eine nachhaltige Lösung

Die ordnungspolitisch falsche SVP-Initiative muss mit einem Gegenschlag bekämpft werden. Der Gegenvorschlag liegt richtig: Das «Familiensilber» wird nicht verschербelt, AHV und Kantone profitieren von den Zinsen, und die Schweiz zeigt sich solidarisch.

Von Nationalrat Felix Gutzwiler, Zürich

Mit Spannung wurde die Schlussabstimmung vom 22. März 2002 erwartet: Der Nationalrat dürfte – nach dem Redaktionschluss des «Freisinns» – in der Frühjahrssession ein Drittelsmodell als Gegenvorschlag zur Goldinitiative der SVP beschlossen haben, dem sich auch der Ständerat angeschlossen haben dürfte. Danach soll der Vermögensertrag zu je einem Drittel an die Kantone, die AHV und die Solidaritätsstiftung fliessen. Nach dreissig Jahren werden nachfolgende Generationen neu beschliessen können. Ohne entsprechende Beschlüsse würde das Vermögen zu gleichen Teilen auf die Kantone und den Bund aufgeteilt.



Felix Gutzwiler.

Die Qualität des Gegenvorschlages wird unterschätzt

Zu Unrecht wird der Gegenvorschlag nur mit der Solidaritätsstiftung in Verbindung gebracht. Dieser Gegenvorschlag hat als Gesamtkonzept entscheidende Vorzüge:

- Es ist die einzige Lösung, die das Sondervermögen während dreissig Jahren verfassungsmässig schützt und in seinem realen Wert erhält. Die Fondslösung des Gegenvorschlages funktioniert wie ein Sparsbuch. Die Mittel werden sicher angelegt, nur die Zinsen werden genutzt. Die von Generationen erarbeiteten überschüssigen 18 bis 20 Milliarden werden also nicht einfach in der AHV kurzfristig konsumiert, sondern in ihrer Substanz erhalten.
- Das gesamte Sondervermögen entspricht nur gerade dem Bedarf der AHV von acht Monaten. Wegen der demographischen Veränderungen braucht es aber nachhaltige und langfristige Finanzmassnahmen, wie sie zurzeit im Rahmen der 11. AHV-Revision vorbereitet werden.
- Volkswirtschaftlich ist es die einzige ausgabenneutrale Lösung, welche die Aktiven erhält und auch zu einem späteren Zeitpunkt die Option des Schuldenabbaus offen lässt.
- Im Gegensatz zum sofortigen Schuldenabbau wird sie nicht dazu führen, die Ausgabendisziplin zu untergraben. Sie erhält den Druck auf eine niedere Staatsquote in den Kantonen und im Bund. Damit ist das Konzept finanzpolitisch nachhaltig.
- Der Gegenvorschlag berücksichtigt neben dem Drittel der Erträge, die der AHV zukommen sollen, auch die Kantone. Sie sind heute ja zu zwei Dritteln am Reingewinn der Nationalbank beteiligt. Mit

Fortsetzung von Merz

sentlichen aus folgenden Gründen abzulehnen:

Wachsende Bundesschuld

Trotz gegenteiligen Bestrebungen wächst die Bundesschuld unaufhörlich an, 2002 allein infolge des Swissair-Debakels um 2 Mrd., bis 2005 infolge möglicher Mehrbelastungen und Mindereinnahmen gemäss Finanzplan um weitere 4 auf über 110 Mrd. Franken. Die Mittel aus dem Verkauf des Notenbankgoldes gehören unter solchen Perspektiven in die öffentlichen Haushalte, und sie werden dort auf dem ordentlichen Budgetweg dringend gebraucht.

Mangelhaftes Stiftungsgesetz

Das Stiftungsgesetz hat grosse Mängel, vor allem zwingt es zum Ausgeben statt – wenn schon – zu Ausschüttungen nach Bedarf. Die Ziele der Stiftung sind diffus. Die Leitung ist unausgereift; ein kleiner Klüngel soll ohne Referenz jährlich über Hunderte von Millionen Franken Ausgaben entscheiden.

Gelebte Solidarität

Der Bund engagiert sich heute schon stark im Bereich der Solidarität. Ergibt jährlich 1,2 Mrd. für die Entwicklungszusammenarbeit aus, gegen 1 Mrd. für das Flüchtlings- und Asylwesen, 250 Mio. für humanitäre Hilfe, 100 Mio. für Friedensförderung. Zudem gewährt er Darlehen und Finanzhilfen an IWF und Weltbank. Seit 1993 hat er den hochverschuldeten, armen Ländern 4 Mrd. Schul-

den erlassen. Alle diese Mittel richten sich an gleichartige Empfänger der geplanten Stiftung.

Mehr Entwicklungszusammenarbeit

Der Bundesrat will gemäss Finanzplan 2003 die Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit von 1,2 Mrd. auf 1,5 Mrd. Franken erhöhen, bis im Jahr 2010 auf 0,4% des Brutto-sozialproduktes. Diese Erhöhung entspricht dem für die Stiftung vorgesehenen Betrag. Trotz stets steigender Entwicklungshilfe wächst übrigens die Armut in den Schwellenländern unaufhörlich, was unweigerlich zur Frage führt, ob die westliche Welt überhaupt das Richtige tut oder ob sie nicht die Strategien einmal grundsätzlich überdenken müsste.

Erfüllung öffentlicher Aufgaben

Das Geld aus dem Goldverkauf ist kein Glückstrefen im grossen Los, sondern das Resultat der SNB und damit unserer stabilen Volkswirtschaft. Der Ertrag muss deshalb nach bisherigem Schlüssel vor allem dem Bund und den Kantonen zukommen, damit diese – wie es der Brauch ist – ihre öffentlichen Aufgaben erfüllen. Zu diesen Aufgaben gehört in unserem Land traditionell die Solidarität im weitesten Sinne im In- und Ausland. Dazu bedarf es keiner neuen Stiftung.

Es ist abzusehen, dass diese Solidaritätsstiftung im Volk keinen Rückhalt findet. ■



Meinungsverschiedenheiten ums Nationalbankgold.

Bild: rus

Fortsetzung von Gutzwiler

ihrem Drittel erhalten die Kantone finanziellen Handlungsspielraum. Das Konzept ist damit auch in Übereinstimmung mit der Politik, den Föderalismus zu stärken.

– Schliesslich ermöglicht das Konzept die Schaffung eines grossen humanitären Werkes der Schweiz. Ein Teil der Erträge soll für eine aussergewöhnliche Investition in die Zukunft unseres Landes genutzt werden. Die Solidaritätsstiftung soll im In- und Ausland jene Menschen unterstützen, denen es weniger gut geht als den meisten von uns. Nur gerade ein Sechstel der Zinsen wird über die Stiftung für humanitäre Hilfe ins Ausland gehen. Mehr als 80 Prozent der Zinsen bleiben im Inland.

Mit einem Gegenvorschlag erfolgreich gegen die Goldinitiative

Scheitert die Schlussabstimmung, so kommt die SVP-Initiative ohne Gegen-

vorschlag und ohne Empfehlung des Parlamentes zur Abstimmung. Weil das Parlament keine Empfehlung abgeben kann, darf sich grundsätzlich auch der Bundesrat in der Abstimmung nicht gegen die Initiative einsetzen. Das Abstimmungsbüchlein würde ausschliesslich das Anliegen der Initianten darlegen und keinen bundesrätlichen Kommentar zur Initiative enthalten.

Kommt es zu einer Volksabstimmung ohne Gegenvorschlag, so steigen die Erfolgchancen der SVP-Initia-

tive enorm. Die politische Linke würde sich mit grossem Einsatz für die SVP-Initiative engagieren. Aus der SVP-Initiative würde eine links und rechts breit abgestützte AHV-Initiative. Es ist klar, inhaltliche und taktische Gründe sprechen für einen klaren Kurs: Der Gegenvorschlag liegt finanzpolitisch richtig: Das «Familiensilber» wird nicht verschertelt wie bei der SVP-Initiative. AHV und Kantone profitieren von den Zinsen, und die Schweiz zeigt sich solidarisch mit Menschen, denen es schlecht geht. ■

Anzeige

Schwule wollen eh nur das eine: Gleiche Rechte

Für Ihre Unterstützung danken Ihr Nachbar, Ihr Kind, Ihr Chef, Ihr Parteikollege, Ihr bester Freund

PINK X CROSS

Die Schweizerische Schwulenorganisation
www.pinkcross.ch - Pf 7512 3001 Bern - 031 372 33 00

Für den Schuldenabbau

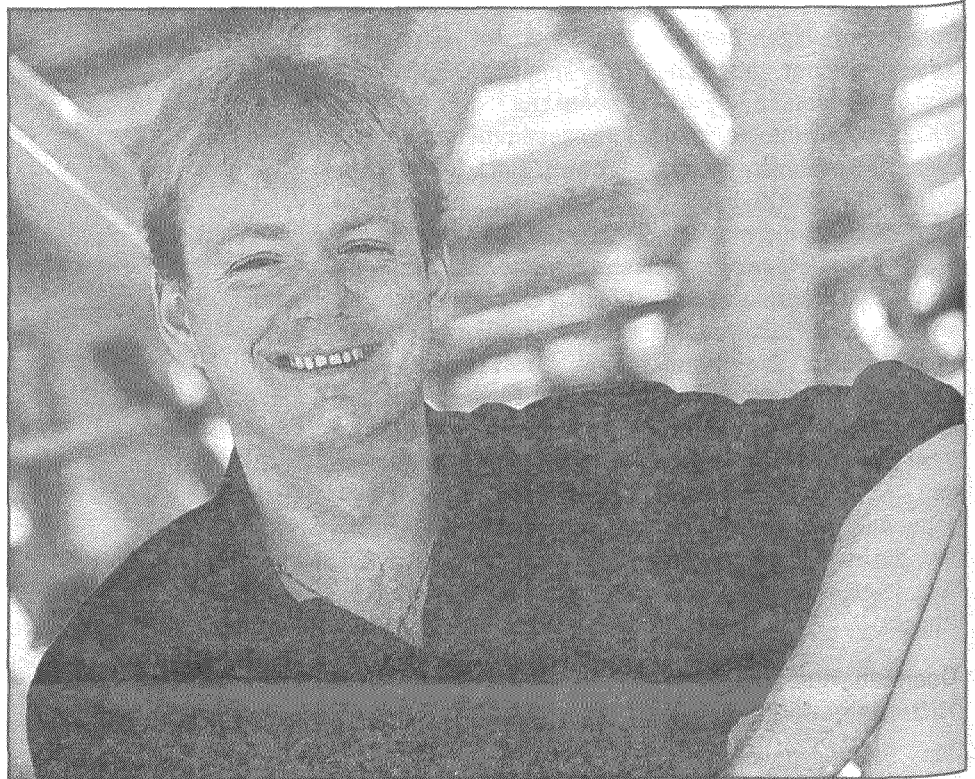
Im Gegenzug Investitionen in die Zukunft der Schweiz

Die Jungfreisinnigen Schweiz (JF Schweiz) fordern vom Parlament die Aufgabe der Idee der Solidaritätsstiftung. Gleichzeitig lehnen sie die Goldinitiative der SVP ab. Der Erlös des Nationalbankgoldes soll vielmehr für den Schuldenabbau verwendet werden, um die Schweiz von der zunehmenden drückenden Schuldenlast zu befreien und den politischen Handlungsspielraum der künftigen Generationen nicht zu gefährden. Die frei werdenden Mittel sind in Bildung und Forschung sowie in zukunftsweisende Projekte nationaler Bedeutung (z. B. Swissmetro) zu investieren!

Von Daniel Helfenfinger,
Präsident Jungfreisinnige
Schweiz

Die Solidaritätsstiftung ist nicht nur von der Entstehung her, sondern auch vor dem Hintergrund der finanzpolitischen Probleme der Schweiz nicht zu verantworten. Unter der Bürde der zunehmenden Schuldenlast werden noch die kommenden Generationen leiden müssen! Dies führt dazu, dass ihr Handlungsspielraum drastisch beschränkt wird und sie ihre Ideen und Vorstellungen nicht umsetzen können.

Aus diesem Grund fordern die Jungfreisinnigen Schweiz das Parlament auf, die Idee der Solidaritätsstiftung aufzugeben! In der finanziell schwierigen Situation, in welcher sich die Schweiz befindet, gilt es, sich ernsthaft zu überlegen, ob es den Einwohnern und dem Land gegenüber verantwortbar ist, den Erlös des Nationalbankgoldes in die Solidaritätsstiftung oder in den Ausgleichsfonds der AHV einzubringen. Vielmehr sollen die Mittel aus dem Verkauf des Nationalbankgoldes in die öffentlichen



Daniel Helfenfinger

Haushalte eingebracht werden. Dort werden sie am dringendsten gebraucht und erlauben die Senkung der Zinsenlast. Die Jungfreisinnigen Schweiz (JF Schweiz) verlangen, dass die dadurch

frei werdenden Mittel in die Bereiche Forschung und Bildung sowie in zukunftsweisende Projekte von nationaler Bedeutung, wie z. B. die Swissmetro, investiert werden.

weltweit für Frieden, Bekämpfung der Armut und die Förderung der Demokratie einsetzen und entsprechende Vorschläge einbringen.

Entwicklungszusammenarbeit

Die grundsätzlichen Anliegen der Solidaritätsstiftung kann die Schweiz trotzdem wahrnehmen und tut dies bereits: Sie engagiert sich stark im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit, der Friedensförderung, der humanitären Hilfe usw. Durch das Ja der Wählerinnen und Wähler zur Uno hat sich die Schweiz zur Solidarität mit der Weltgemeinschaft bekannt und kann sich nun innerhalb der Uno aktiv

Hausaufgaben gemacht

Es gilt hinzuzufügen, dass die Schweiz mit dem Berger-Bericht ihre Geschichte aufgearbeitet hat, aufwunde Punkte hingewiesen wurde und entsprechend reagiert hat. Eine dieser Reaktionen ist das Geldwäschereigesetz. Dank diesem Gesetz konnten in kurzer Zeit die Konten der Terrororganisation al-Kaida gefunden und gesperrt werden. Dies ist ein deutliches Zeichen dafür, dass die Schweiz ihre Hausaufgaben gemacht hat.

Anzeige

Wir machen den Kopf frei.

2x in Zürich
World Trade Center
Stockerhof

Wenn Sie angenehm + erfolgreich arbeiten wollen:

- Top-Offices für 1 bis 250 Arbeitsplätze
- flexibler Service, flexible Mietdauer
- hochwertige Vollausstattung
- Repräsentative Geschäftsadresse
- erstklassiges Umfeld

www.regus.com
tel. +41 1 208 37 09

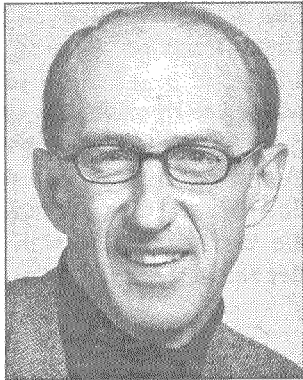
Regus

4x in der Schweiz, über 300x weltweit

«Mit Perspektiven in die neue Legislaturperiode»

Heinz Risi, Präsident FDP Nidwalden

Der Kanton Nidwalden hat am 3. März 2002 eine neue Regierung und ein neues Parlament gewählt. Die FDP hat dabei einen Sitz in der Exekutive gewonnen, im Parlament aber zwei Mandate verloren. Wie beurteilen Sie diese Ergebnisse?



Heinz Risi, Präsident FDP Nidwalden.

Heinz Risi: Ziel der FDP Nidwalden bei den Regierungsratswahlen war es, einen zusätzlichen dritten Sitz zu gewinnen. Das ist uns mit dem bisherigen Regierungsrat Beat Fuchs und den zwei neuen Beattrice Jann und Gerhard Odermatt auf Anhieb gelungen. Der Grund liegt einerseits im Profil der Kandidatin und der beiden Kandidaten – das hat gepasst! Andererseits haben wir einen schnörkellosen Wahlkampf und eine entsprechende Kampagne geführt. Wir haben diese Kampagne früh gestartet – wir waren die Ersten, wir haben da die Führerschaft übernommen. Bei den Landratswahlen war auf Grund des erstmaligen Mitmachens der SVP das Halten unserer 21 Sitze das

Ziel. Analysiert man den Grund für die beiden verlorenen Sitze, sind wir mit dem Wahlausgang sehr zufrieden.

Während die Linke ihren Besitzstand halten konnte, gewann die SVP auf Kosten der CVP auf Anhieb sieben Sitze. Wird es jetzt auch in Nidwalden zu einer Polarisierung der politischen Landschaft kommen? Wird die FDP gegebenenfalls auch mit der SVP zusammenarbeiten?

Die CVP hatte immer die klare Mehrheit im Parlament, was die FDP insbesondere bei Wahlgeschäften immer wieder zu

spüren bekam. Bei Sachgeschäften waren wir auf die liberalen Kräfte bei der CVP angewiesen. Die FDP musste also immer Gleichgesinnte bei anderen Fraktionen gewinnen, um ihre Anliegen durchzubringen. Wenn die SVP zu ihren im Wahlkampf gemachten Aussagen steht, dann sehe ich bei zahlreichen Sachfragen und auch bei Wahlgeschäften viele Gemeinsamkeiten. Unsere politischen Gegner sind die Linksparteien und nicht die SVP.

In der kommenden Legislatur stehen in Nidwalden wichtige Entscheide an. Es wird unter anderem über das weitere Vorgehen am Wellenberg entschieden, und die Zusammenlegung der Kantons-spitäler von Ob- und Nidwalden steht an. Wo setzen die Liberalen ihre politischen Schwerpunkte in den nächsten vier Jahren?

Die FDP Nidwalden hat ihr Programm für die kommende Legislatur bereits Mitte November 2001 mit dem «Navigator 2002–2006» vorgelegt. Wir waren die einzige Partei in Nidwalden, bei welcher die Wählerschaft rechtzeitig wusste, wohin die künftige Politik geht und welche Ziele wir erreichen wollen (siehe www.fdp-nw.ch). So steht die FDP klar hinter der Realisierung des Sonderstollens am Wellenberg. Denn einzig die Resultate einer solchen Son-

dierung – Fakten also – geben uns eine Antwort. Und diese Antwort wollen wir. Auch an einer Zusammenlegung der Spitäler von Ob- und Nidwalden kommen wir nicht vorbei. Das haben wir schon früh festgestellt und entsprechend kommuniziert. Natürlich sind unsere Kernthemen die Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik. Diesbezüglich haben wir unsere Ziele messerscharf formuliert: hoher unternehmerischer Freiraum, Überprüfung sämtlicher Erlasse auf ihre Wirtschaftsverträglichkeit, gleich lange Spiesse für Angebote der Privatwirtschaft im Vergleich mit jenen des Staates, wobei wir verlangen, dass der Staat nur jene Aufgaben erfüllt, welche Private nicht erfüllen können. Bezüglich Finanz- und Steuerpolitik sind unsere Positionen ebenso unmissverständlich: keine Erhöhung der Staatsquote, keine Steuererhöhungen, keine Ausgaben ohne gesicherte Finanzierung und Berücksichtigung der Folgekosten bei Investitionen sowie einen fairen interkantonalen Finanzausgleich, wie wir ihn jetzt im Landrat anstreben. Ein spezielles Augenmerk haben wir auf unsere Familienpolitik, basierend auf dem Grundsatzpapier der FDP Schweiz: Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und vor allem den Wiedereinstieg der Frauen ins Erwerbsleben fördern. Wir wollen in Nidwalden steuermässig eine liberale Familienpoli-

tik. Sie soll primär in den Bereichen Kinderbetreuung sowie Schule eine Verbesserung herbeiführen.

Zu einem ganz anderen Thema: Wie sehen Sie als Parteipräsident die Zusammenarbeit mit der Zentrale in Bern? In welchen Bereichen ist sie gut, wo bestehen Optimierungsmöglichkeiten?

Die Zusammenarbeit mit der Parteizentrale in Bern klappt sehr gut, was wir aufgrund der Organisation der Delegiertenversammlung hier in Hergiswil erneut positiv feststellen konnten. Als Parteipräsident schätze ich die Präsidentenkonferenzen jeweils im Vorfeld der Delegiertenversammlungen, an welchen Lagebeurteilungen gemacht und über die Art und Weise der Arbeit in den einzelnen Kantonen berichtet wird. Das Gleiche gilt für die kantonalen Parteisekretariate: Wir können so unsere Tätigkeiten vergleichen und dabei auch neue Ideen holen. Diese Art des «Benchmarkings», nämlich von anderen, die etwas gut machen, zu profitieren, setzen wir auch innerhalb der Ortsparteien ein. Wir organisieren so einen wertvollen Wissenstransfer und gestalten unser Wissensmanagement. Dabei ist für uns das Internet, resp. das Intranet, eine zentrale Technologie. Deren Nutzung bauen wir innerhalb der FDP sukzessive aus!

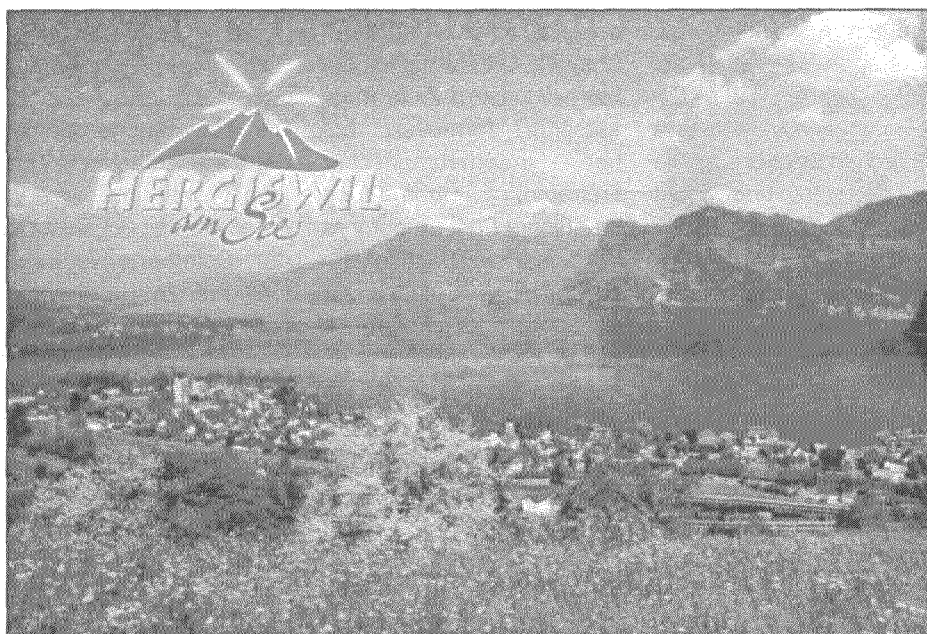
Willkommen in Nidwalden

Im Namen der Nidwaldner Liberalen (Kantonalvorstand, Landratsfraktion, Ortsparteipräsidien und Parteigremien in den Gemeinden) begrüßen wir die Delegierten der FDP Schweiz in Nidwalden. Wir sind stolz, erstmals in der Geschichte der FDP Nidwalden diese wichtige Tagung durchführen zu dürfen. Wir wünschen Ihnen in Nidwalden und im «Lopperdorf» einen angenehmen Aufenthalt und hoffen, Sie auch an der Rahmenveranstaltung begrüßen zu können.

Präsidium FDP Nidwalden

Herzlich willkommen in Hergiswil

Im Namen des Gemeinderates und der gesamten Bevölkerung von Hergiswil am See heisse ich Sie an der ersten eidgenössischen FDP-Delegiertenversammlung im Kanton Nidwalden herzlich willkommen. Wir sind stolz, die FDP in unserer Gemeinde begrüßen zu können. Schliesslich ist Hergiswil seit Jahrzehnten die liberale Hochburg Nidwaldens.



Hergiswil liegt am Ostfuss des sagenumwobenen Pilatus am Vierwaldstättersee; südseits abgeriegelt durch den Fels des Loppers und nur offen in Richtung Luzern und Mittelland. Zu Nidwalden stiess das Dorf deshalb erst 1378, als es sich von den Habsburgern freikaufte und sich danach sofort als elfte Uerte dem Kanton anschloss. Heute ist Hergiswil dank einer fortschrittlichen Wirtschaftspolitik, welche auf den soliden Pfeilern «Gewerbe» und «Tourismus» fusst, die finanzstärkste Gemeinde in Nidwalden.

Über die Kantons- und Landesgrenze hinaus bekannt ist Hergiswil durch das grösste Marktforschungsinstitut der Schweiz, die IHA-GfK, und die «Glasi». In diesem Bereich können wir auf eine lange Tradition zurückblicken. Bereits

1817 hatten die Gebrüder Siegwart in Hergiswil einen Produktionsstandort mit idealen Transportwegen für Energie und Ware gefunden. Beeindruckend ist auch die Entwicklung der «Glasi» in den letzten zehn Jahren, welche auf einer innovativen Geschäftspolitik beruht.

Ich möchte an dieser Stelle auch die Gelegenheit benützen, um mich beim OK der Delegiertenversammlung rund um Remo Zberg, Präsident der FDP Hergiswil, recht herzlich zu bedanken. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine angenehme und interessante Delegiertenversammlung in Hergiswil.

Ralph Sigg,
Gemeindepräsident

Liberale prägen Nidwalden

Das liberale Gedankengut hat in Nidwalden eine lange Tradition. Bereits vor dem Franzosenüberfall 1798 hatten sich die Ideen der Aufklärung in Nidwalden verbreitet. Die erste wirklich liberale Bewegung entstand allerdings erst nach der Restauration in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts. Unter der Führung des «Vaterländischen Vereins» wurden die Werte der Liberalen über das «Wochenblatt» in der Nidwaldner Bevölkerung in Umlauf gebracht.

Die Gründung der Liberalen Partei des Kantons fand im Jahr 1902 statt. Und nach der klaren Ablehnung der ersten eidgenössischen Proporzvorlage 1910 beschloss die Partei den Beitritt zur Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz. Diese beiden Schritte waren mit der Entstehung einer neuen liberalen Presse verbunden. Zunächst war 1906 der «Nidwaldner Bote» entstanden, der 1909 mit dem in Obwalden erschienenen «Unterwaldner» fusionierte.

Der Kanton Nidwalden war im 20. Jahrhundert politisch lange gespalten. Der lang andauernde und heftige Kampf um den Bau eines kantonalen Elektrizitätswerks auf der Bannalp in den dreissiger Jahren liess die historischen Parteien bis in die Nachkriegszeit in den Hintergrund treten.

Nach 123 Jahren Nationalratsmandat

Erst der Ausbau des Strassen- und Schienennetzes führte nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer markanten Beschleunigung der technischen und sozialen Entwicklung. Die zuneh-

mende Zahl der Zuzüger veränderte auch die politische Landschaft des Kantons. Obwohl die historischen Parteien nicht ohne Konkurrenz blieben, behaupteten sie ihre führende Rolle. Die Liberalen vermochten sich als zweitstärkste Partei zu etablieren und verzeichneten sogar Erfolge mit hoher Symbolkraft. So eroberte die Partei 1995 mit Edi Engelberger erstmals seit 123 Jahren wieder den einzigen Nationalratssitz des Kantons. Im Herbst 2001 vollzog die Liberale Partei schliesslich den Namenswechsel zur Freisinnig-Demokratischen Partei Nidwalden, ohne allerdings ihre traditionellen Grundwerte abzulegen. Dies kommt auch im Slogan («Die Nidwaldner Liberalen») zum Ausdruck.

Mit dem Gewinn eines Sitzes im Regierungsrat setzten die Nidwaldner Liberalen an den Gesamterneuerungswahlen vom 3. März 2002 einen weiteren Meilenstein in ihrer Geschichte.

«Eine eigene Zeitung hätte schon Vorteile»

FDP-Nationalrat Edi Engelberger zur Nidwaldner Mediengeschichte

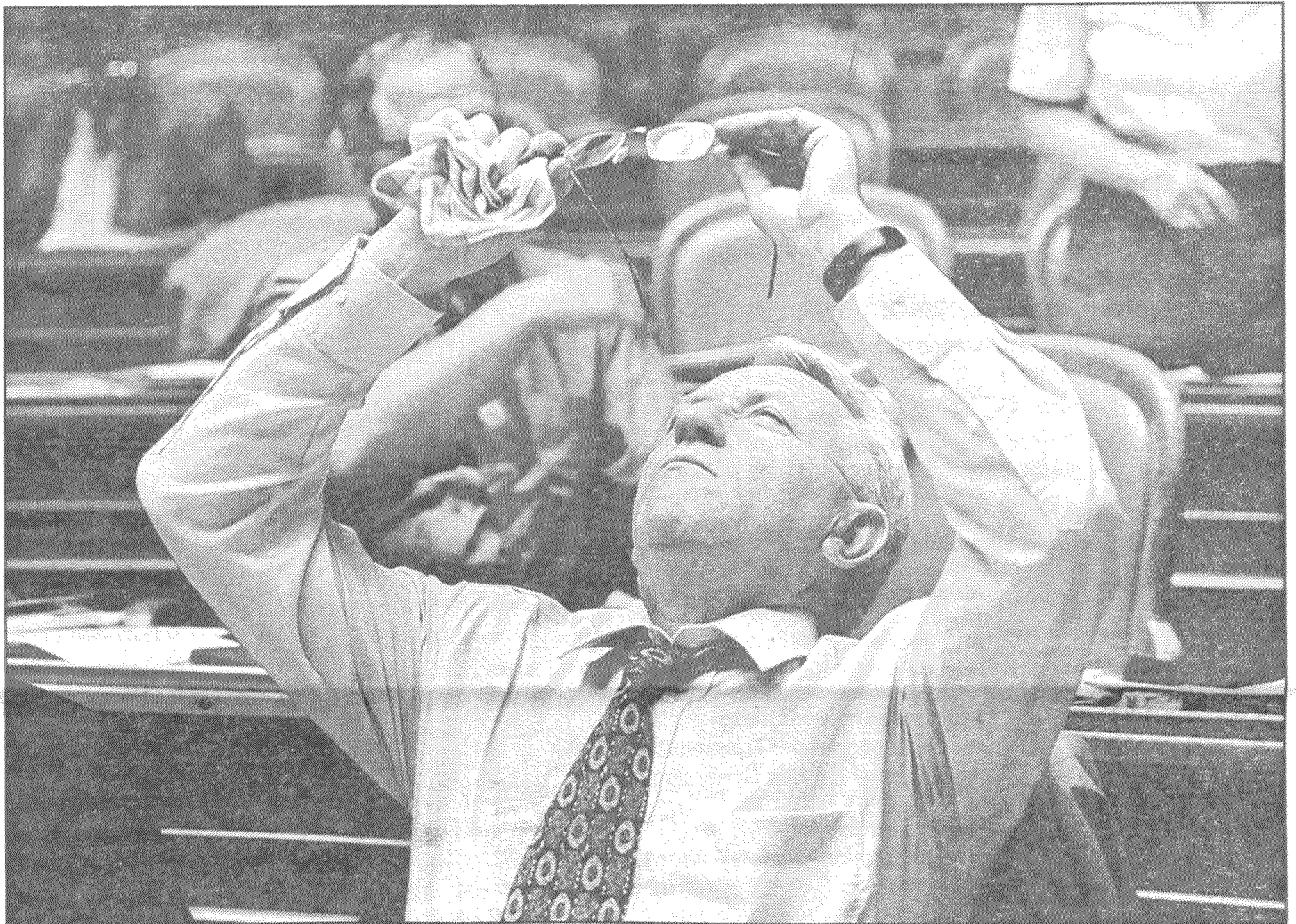
Die liberale Politik im Kanton Nidwalden ist eng mit der liberalen Presse verbunden.

Herr Engelberger, Ihre Familie hielt lange die Verlagsrechte des «Unterwaldners». Wie haben Sie diese Zeit erlebt?

Edi Engelberger: Am 1. Januar 1906 erschien im Verlag und unter der Redaktion meines Urgrossvaters Karl Engelberger in Stans erstmals der «Nidwaldner Bote». Später entstand daraus der «Unterwaldner» mit dem Untertitel «Liberales Volksblatt für Ob- und Nidwalden». Seit dem 50-Jahr-Jubiläum habe ich das politische Auf und Ab des «Unterwaldners» hautnah miterlebt. Mir sind dabei unvergessliche politische Höhenflüge, aber auch der harte Überlebenskampf in guter Erinnerung geblieben.

Für welche politischen Werte setzte sich der «Unterwaldner» ein?

Der «Unterwaldner» existierte ja rund 75 Jahre, und im Verlauf dieser langen Zeit wurden natürlich immer wieder andere Schwerpunkte gesetzt. Aber generell betrachtet, hat sich die Zeitung immer für eine offene, eine liberale Politik eingesetzt. Ab den fünfziger und sechziger Jahren haben wir uns zuerst für eine sozialverträgliche Wirtschafts-, Gewerbe- und Landwirt-



Edi Engelberger – klarer Blick für Nidwalden.

schaftspolitik stark gemacht. Ausserdem waren schon damals Themen wie die Förderung des Berufsbildes, die Steuerpolitik, die Vereinfachung des Staatswesens, die Stärkung der Gemeindeautonomie oder der Ausbau der Volksrechte im Gespräch. Vor allem für die Proporzwahl des Landrates hat der «Unterwaldner» über Jahrzehnte bis 1981 gekämpft.

Die Parteizeitungen sind mittlerweile ausgestorben. Bedauern Sie diese Entwicklung?

Es bringt gewisse Vorteile mit sich, wenn eine Partei eine eigene Zeitung hat. Man kann das eigene Gedankengut vertreten und pointierte politische Texte ohne Probleme placieren. Kurz, man hatte eine viel grössere Gestaltungsfreiheit als heute. Insofern ist die Entwicklung bedauerlich. Allerdings gab es auch Nachteile. So erreichte man die Basis des politischen Gegners nicht, weil nicht alle zu den Abonnenten zählten.

Wie haben Sie die Überführung des «Unterwaldners» 1981/82 ins Kopf-

blattsystem des «Tagblatts» erlebt?

Es war kein einfacher Entscheid. Er schmerzte. Wir haben unsere publizistische Freiheit und Unabhängigkeit verloren. Es kostete die Partei und die Familie viel Überwindung, den «Unterwaldner» nach so langer Zeit aufzugeben.

Würden Sie heute nochmals eine Parteizeitung verlegen – natürlich unter der Voraussetzung, das nötige Geld wäre vorhanden?

Solche Gedanken geistern immer wieder herum. Es

müsste eine übergeordnete liberale Zeitung sein. Aber wenn man die Veränderungen in der Presse-landschaft in den vergangenen Jahren analysiert, dürfte es sehr schwer sein, eine solche Zeitung aufzubauen. Das Überleben für eine Zeitung mit einer Auflage von ca. 20 000 bis 30 000 Exemplaren ist heutzutage extrem schwierig. Wenn die Zeitung also keinen «Goldesel» findet oder über potente Inserenten verfügt, welche zu ihr stehen und ständig inserieren, ist sie nicht überlebensfähig.

Ordentliche Delegiertenversammlung der FDP Schweiz

Freitag, 12. April 2002, 16.00–18.30 Uhr

Samstag, 13. April 2002, 8.00–10.45 Uhr

Loppersaal, Hergiswil

Donnerstag, 11. April 2002

16.00 **Sekretärenkonferenz**
anschliessend Abendprogramm für Sekretäre

Freitag, 12. April 2002

10.00 **Geschäftsleitungssitzung**
12.00 **Mittagessen**
13.30 **Präsidentenkonferenz**
14.00 **Fraktionskonferenz Sondersession**

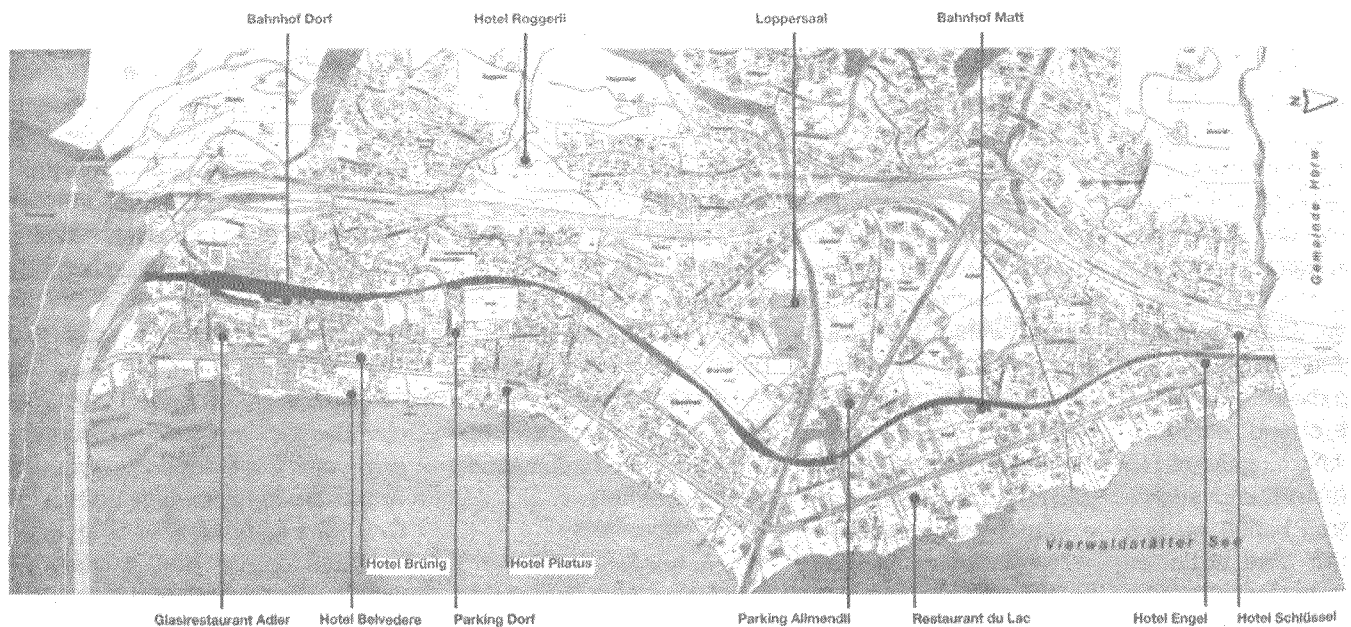
Delegiertenversammlung 1. Teil

16.00 **Musikalischer Auftakt und Begrüssung**
16.10 **Ansprache von Nationalrat Gerold Bührer,**
Präsident FDP Schweiz
16.30 **Statutarische Geschäfte**
■ Jahresbericht der Fraktionspräsidentin
■ Jahresbericht des Generalsekretärs
17.00 **Service au public**
■ Präsentation durch NR Georges Theiler,
FDP LU
■ Präsentation durch NR John Dupraz, FDP GE
■ Bereinigung der Anträge und Verabschiedung
18.30 **Apéritif/Abendprogramm**

Samstag, 13. April 2002

Delegiertenversammlung 2. Teil

8.00 **Fristenregelung und Volksinitiative**
«Für Mutter und Kind»
■ Präsentation durch Bundeskanzlerin
Annemarie Huber-Hotz
■ Podiumsdiskussion
– Moderator: Jürg Auf der Maur,
«Neue Luzerner Zeitung»
– Pro Fristenregelung
SR Christiane Langenberger, FDP VD
Sabine Favez, Jeunes Radicaux Suisses
– Contra Fristenregelung
Marlies Näf-Hofmann, Gesellschaft für den
Schutz des ungeborenen Lebens in der Schweiz
NR Jean-Michel Cina, CVP VS
■ Diskussion und Parolenfassung
9.20 **Ansprache von Bundesrat Pascal Couchepin**
9.40 **Positionspapier Gentechnologie**
im ausserhumanen Bereich
■ Präsentation durch SR Helen Leumann,
FDP LU
■ Bereinigung der Anträge und Verabschiedung
10.45 **Schluss der Delegiertenversammlung**
und Apéritif



Keine Sachzwänge durch die Verwaltung

Armee XXI: Der Politik und Wirtschaft ist Rechnung zu tragen

Im Anschluss an die Ständeratsdebatte zur Armee XXI hat sich der «Schweizer Freisinn» mit dem Präsidenten des Sicherheitspolitischen Ausschusses der FDP, Nationalrat Edi Engelberger, Stans, unterhalten.

Einige Fragen interessierten darum, weil der Nidwaldner Nationalrat im Vorfeld dieser Ständeratssitzung feststellte, dass einige Projektplaner im VBS den FDP-Forderungen keine Beachtung geschenkt haben. Der Ständerat hat der Schaffung von Sachzwängen durch die Verwaltung nun zu Recht einen Riegel geschoben.

«Freisinn»: Im Anschluss an die Ständeratsdebatte zur Armee XXI hiess es in der Presse: «Bundesrat Schmid ging mit einem weinenden und einem tränenden Auge» aus der 10-stündigen Debatte. Hatten Sie ein wei-

nendes oder gar ein lachendes Auge?

Engelberger: Im Grossen und Ganzen hatte ich ein lachendes Auge, weil der Ständerat in wesentlichen Positionen der FDP-Vernehmlassung gefolgt ist. Trotzdem, einige Punkte werden von der Delegation SiK Nationalrat nochmals behandelt werden müssen.

Welche Beispiele stehen für Sie im Vordergrund?

Die Dauer der Rekrutenschule, die Führung der Armee und Bereiche der Organisation.

Können Sie mit der Vorgabe leben, die Dauer der Rekrutenschule auf 18 Wochen festzulegen?

Die FDP hat sich von Beginn weg für eine Einbettung der Dienstleistungsstruktur ins zivile Ausbildungssystem stark gemacht. Ebenso hat sie immer eine flexibilisierte und elastische Ausbildungslösung mit einer Rekrutenschule von grundsätzlich 18 Wochen vorgeschlagen. Bei technisierten Truppengattungen mit einem hohen Spezialistenanteil kann, nach FDP-Ansicht, die Rekrutenschule durchaus auf 20 Wochen verlängert werden.



Für Edi Engelberger ist es wichtig, die Meinung von Politik, Wirtschaft und Militär anzuhören und zusammenzuführen.

Neu können bis zu 15% eines Rekrutenjahrganges als Durchdiener ihren gesamten Militärdienst absolvieren. Widerspricht diese hohe Zahl von über 3000 Durchdienern nicht dem Milizgedanken?

Die Zahl der Durchdiener pro Ausbildungseinheit soll grundsätzlich niedrig gehalten werden, und deren Einsatz hat gemäss der Auffassung der FDP «so viel wie nötig – so wenig wie möglich» zu erfolgen.

Ein Spielraum von 10 bis 15% Durchdienern ist also absolut realistisch.

Was sagen Sie zu den vorgesehenen Kompetenzverschiebungen?

Ich begrüsse diese, weil die strategische Führung in den Händen des Parlamentes bleiben muss. Ob auch die Festlegung der Rekrutenschuldauer im Entscheidungsbereich des Bundesrates bleiben soll

Ist mit den anstehenden Änderungen das Gesamtsicherheitskonzept garantiert?

Das Projekt Armee XXI ist als Teil einer übergeordneten Gesamtsicherheitskonzeption zu verstehen. Dies beinhaltet die Gewährleistung der Sicherheit für das Funktionieren der Schweiz und ist zwingende Voraussetzung für die Leistungsfähigkeit, Konkurrenzfähigkeit und Glaubwürdigkeit unseres Wirtschaftsstandortes.

Wie geht es weiter, dass das Ziel im Jahre 2004 erreicht wird?

Die Delegation SiK Nationalrat tagt bereits in der ersten Woche nach der Frühjahrsession. Ziel ist und bleibt es, die Vorlage für die Sommer-Session so vorzubereiten, dass sie dem Nationalrat zur Verabschiedung vorgelegt werden kann.

Interview:
Ruedi Schläpfer,
«Freisinn»-Redaktor,
Generalsekretariat
FDP Bern

Ziel: der Armee ein Gesicht geben

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die FDP am erklärten Ziel – nämlich einer professionalisierten und gleichzeitig militzuglichen Armee XXI – festhält. Der Ständerat hat bis jetzt einige notwendige Schritte umgesetzt. Weitere werden eine Woche nach der Frühjahrsession von der SiK Nationalrat erwartet. Dann ist der Nationalrat am Ball. Die Beratungen werden aufmerksam verfolgt.

oder nicht, kann nochmals neu beurteilt werden.

Ihnen war es immer ein wichtiges Anliegen, die «Tuchführung» zwischen Volk und Armee zu erhalten. Ist Ihnen der Ständerat-Entscheid entgegengekommen?

Die Beschlüsse des Ständerats unterstützen die regionale Verankerung der Armee und stärken die Verbindung zwischen Bürger und Soldat. Damit wurde eine weitere Zielsetzung der FDP-Vernehmlassung erfüllt. Ganz in diesem Sinne hat der Ständerat der Armee ein Gesicht gegeben.

Anzeige



Auslandschweizer-Preis des Jahres 2002

FDP Schweiz International ehrt Raymonde Berthoud aus Budapest

Am 7. März 2002 wurde zum ersten Mal der von der FDP Schweiz International ins Leben gerufene Auslandschweizer-Preis verliehen.

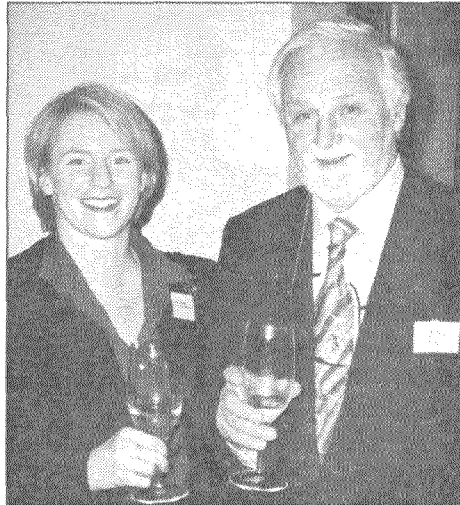
Von Petra Studer, politische Sekretärin der FDP Schweiz International, Bern

Die Auslandschweizerin Raymonde Berthoud aus Budapest wurde für ihr herausragendes Lebenswerk und ihr aussergewöhnliches Engagement zugunsten der «fünften Schweiz» ausgezeichnet. Die Preisübergabe fand in Anwesenheit von Bundespräsident Kaspar Villiger und prominenten Vertretern aus Wirtschaft, Politik und Kultur im Fifa-Auditorium in Zürich statt.

Im Sommer 2000 hatte ein langjähriges Mitglied der FDP Schweiz International – die FDP-Sektion für Schweizerinnen und Schweizer im Ausland – angeregt, man könnte in periodischen Abständen Persönlichkeiten, die sich für die «fünfte Schweiz» speziell verdient gemacht haben, mit einem Preis auszeichnen. Diese Idee stiess bei den Vorstandsmitgliedern sofort auf grosses Interesse und rückte Anfang Jahr 2001 unter Federführung des Präsidenten, Nationalrat Erich Müller, ins Zentrum des Geschehens der FDP Schweiz International. Die anfänglich noch bescheidene Idee entwickelte sich zu einem

immer grösser werdenden Projekt, dessen Höhepunkt die erste Preisverleihung vom 7. März 2002 darstellte.

Ziel und Zweck des Auslandschweizer-Preises bestehen darin, die Anliegen der Schweizerinnen und Schweizer im Ausland zu unterstützen und die Anerkennung der Auslandschweizer/-innen zu fördern. Mit dem durch die FDP Schweiz International vergebenen Preis sollen Persönlichkeiten oder Institutionen – im Ausland wie im Inland (die Schweizer Nationalität stellt keine Bedingung dar) – geehrt werden, welche sich für die Anliegen der Auslandschweizer/-innen in ausserordentlichem Masse verdient gemacht haben. Gleichzeitig soll diese periodisch stattfindende Ehrung die Schweizer Bevölkerung vermehrt auf die Bedeutung der «fünften Schweiz» aufmerksam machen; das Image der Schweiz wird nämlich massgebend von



Petra Studer und Erich Müller erfreuen sich am gelungenen Anlass.



Bundespräsident Villiger zusammen mit Raymonde Berthoud.

den im Ausland lebenden Schweizerinnen und Schweizern geprägt.

Im Sommer 2001 wurden breite Kreise aufgerufen, mögliche Preisträgerinnen oder Preisträger zu nominieren: Das Netz der schweizerischen Botschaften im Ausland, die Mitglieder des Auslandschweizerrates, der Direktor der Auslandschweizer-Organisation/ASO sowie der Vorstand und die Mitglieder der

FDP Schweiz International. Die dreissig eingereichten Kandidaturen aus verschiedensten Ländern und Fachgebieten sind der Beweis dafür, dass das Projekt bei den angeschriebenen Personen und Stellen einen grossen Anklang gefunden hat. Für die Verleihung des ersten Auslandschweizer-Preises haben die Jury-Mitglieder Anfang Februar ihre definitive Entscheidung über die Kandidaturen gefällt. Die Jury setzte sich aus folgenden Persönlichkeiten zusammen: Dr. Hugo Bütler (Chefredaktor NZZ, Jury-Präsident), Francine Asmis (Vorstandsmitglied der FDP Schweiz International), alt Bundesrat Adolf Ogi, Guido Schommer (Generalsekretär der FDP Schweiz), Dr. Georg Stucky (Präsident der Auslandschweizer-Organisation/ASO), Dr. Franz von Däniken (Staatssekretär EDA) und Hanna Widrig (Direktorin der Zuger Kulturstiftung Landis & Gyr).

Zehn Kandidaturen kamen in die engste Wahl, und die Entscheidung ist der Jury nicht leichtgefallen. Es standen Persönlichkeiten zur Diskussion, welche sich durch ein ausserordentliches Engagement in verschiedensten Bereichen wie humanitäre Hilfe, Entwicklungsförderung, Diplomatie, Unterstützung der Kultur, Wohltätigkeit oder Kontaktförderung profiliert haben. Die Nominierten im Ausland wurden unter anderem daran gemessen, inwiefern sie das Wohl des Gastlandes und dessen Einwohner/-innen, das Wohl der Auslandschweizer/-innen im Gastland und/oder das Image der Schweiz im positiven Sinne beeinflussen konnten. Die Nominierten im Inland wurden vor allem unter dem Aspekt der Förderung der Anliegen der «fünften Schweiz» beleuchtet. Bei der Beurteilung der Kandidaturen wurden im Weiteren die Aussergewöhnlichkeit



Präsident Erich Müller bei der Preisübergabe.

Fotos: rus

eines Engagements, die Schwierigkeit der Umstände bei der Leistungserbringung sowie die Beharrlichkeit bei der Überwindung von Widerständen mitberücksichtigt.

Die Jury hat sich mit ihrer Wahl der Preisträgerin dafür ausgesprochen, das Lebenswerk einer herausragenden Persönlichkeit zu würdigen: Es ist dies Frau Raymonde Berthoud, Auslandschweizerin aus Neuenburg, die seit den Jahren des Zweiten Weltkrieges in Budapest (Ungarn) lebt. Die FDP Schweiz International ehrte das herausra-

gende Lebenswerk der heute 82-Jährigen durch die Verleihung des Titels «Auslandschweizerin des Jahres 2002» sowie mit der Aufnahme in den «Ehrenclub der Förderer der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer»; nebst der symbolischen Auszeichnung wurde auch ein Geldpreis von 10 000 Franken gesprochen. Raymonde Berthoud kümmerte sich während mehr als fünfzig Jahren in beeindruckend selbstloser Weise und unter den schwierigsten Bedingungen (Kriegsjahre, Revolu-

tion und kommunistisches Regime) um die Schweizer/-innen und benachteiligte Bevölkerungsgruppen in Ungarn. Nach dem Fall des Kommunismus liess Raymonde Berthoud den Schweizer-Verein in Ungarn aufleben und ist heute dessen Ehrenpräsidentin. Ihre vielfältigen humanitären Bemühungen sind im Laufe der letzten Jahre in Ungarn honoriert worden: Nebst dem Verdienstkreuz der Stadt Budapest erhielt Raymonde Berthoud auch das Ehrenkreuz der Republik. Mit dem Auslandschweizerpreis des FDP Schweiz In-

ternational wurden Raymonde Berthouds Verdienste zum ersten Mal in der Schweiz offiziell gewürdigt.

Die Preisübergabe fand – vier Tage nach dem Ja zur Uno von Volk und Ständen – im international geprägten Fifa-Auditorium in Zürich statt. Bundespräsident Kaspar Villiger hielt ein Gastreferat zum Thema «Ausländer in der Schweiz – Schweizer im Ausland: Probleme oder Bereicherungen?». Es nahmen prominente Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Kultur am feierlichen Eh-

rungsanlass für die «Auslandschweizerin des Jahres 2002» teil. Die FDP Schweiz International wird demnächst entscheiden, in welchen periodischen Abständen der Preis in Zukunft vergeben werden soll; sie ist überzeugt, für die Verleihung des zweiten Auslandschweizer-Preises wieder eine preiswürdige Persönlichkeit oder Institution zu finden, welche Raymonde Berthoud im «Ehrenclub der Förderer der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer» Gesellschaft leisten kann. ■

Herausforderung für das Berggebiet

Rund um das Thema AP 2007 und das Berggebiet

Unter der Organisation der Freisinnigen Partei und einer bäuerlichen Vereinigung referierten namhafte Gäste aus Verbänden, Bundesamt für Landwirtschaft, Milchproduzenten- und Milchverarbeiterkreisen über die Auswirkungen der AP 2007 auf Randregionen wie das Toggenburg und das Berggebiet. Zum Abschluss dieses sehr gut besuchten Anlasses fand eine äusserst rege Podiumsdiskussion statt.

Von Cornelia Forrer,
Journalistin

In seiner Begrüssung zeigte Albrecht Rhyner, Präsident der FDP St. Peterzell, die Situation der Landwirtschaft im mittleren und oberen Toggenburg in Zahlen auf. 1064 Landwirt-

schaftsbetriebe, wovon 960 in den Bergzonen eins bis drei, bewirtschaften eine durchschnittliche Fläche von 15,8 Hektaren, halten 13,2 Kühe und produzieren im Mittel 63 000 Kilogramm Milch. «Die AP 2007 tangiert diese Region in hohem Masse», unterstrich auch Robert Bischofberger, Landwirt und Betriebsberater.

In vier Thesen zeigte Samuel Lüthi, Direktor des Schweizerischen Milchproduzentenverbandes, die Situation aus seiner Sicht auf. Es gelte das Gleichgewicht von Ökonomie, Ökologie und Sozialverträglichkeit zu finden. Das Spannungsfeld von Markttöffnung und multifunktionalen Zielsetzungen sei das grösste Risiko. Ein Ausstieg aus der Kontingentierung schein ihm illusorisch und hiesse sinkende Preise, instabile Märkte

sowie Konzentration auf beste Standorte. Dies bedeute ökologische Probleme und letztlich Schwächung der Randregionen. Als Chance für das Toggenburg sehe er die Erhaltung der Wertschöpfung sowie der Attraktivität in Verbund mit Tourismus und kulturellem Erbe.

Für das Berggebiet?

Christoph Darbellay, Vizepräsident Bundesamt für Landwirtschaft, erläuterte die Sicht des Bundes. Momentan stände man mitten in den Auswertungen der 250 Stellungnahmen. Grundsätzlich sei keine Opposition herauspürbar. Es gebe jedoch diverse umstrittene und anpassungswürdige Punkte. Es könne gar mit einer Grundlagenverbesserung und mehr Direktzahlungen von je 1,5 Prozent gerechnet werden. Hingegen würde

die Marktstützung um weitere zehn Prozent abgebaut. Letztes Jahr habe der Bund viel für die Ackerbaugebiete getan. Vermutlich sei dieses Jahr das Berggebiet an der Reihe. Genaue Aussagen seien jedoch zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich. «Der Bund hat Interesse an produktiver Landwirtschaft und Milchproduktion im Berggebiet. Der Ausstieg aus der Kontingentierung ist jedoch noch offen», schloss Darbellay.

Unter dem Titel «Wie nimmt der Grossverteiler die Verantwortung für Randregionen wahr?» referierte Stefan Flückiger vom Migros-Genossenschaftsbund Zürich. Aus seinen Ausführungen kam klar heraus, dass die Migros kein grosses Interesse an regionalen Produkten hat. Man bietet zwar einzelne Programme

wie Bio-Weide-Beef oder M7 an, doch unterstützen diese nicht spezifisch die Randregionen.

Kantonsrätin und Milchverarbeiterin Susi Schläpfer zeigte die Chancen der Käseereien für Regionalprodukte auf und stellte wichtige Fragen zu Markt und Politik.

Diskussion und Forderungen

Alain Homberger moderierte die anschliessende vielfältige Podiumsdiskussion. Die Referenten wurden durch das interessierte Publikum aufs Äusserste gefordert. Klare Deklaration der Produkte, keine produktionsvertuernden Massnahmen, Flexibilisierung in der Milchkontingentierung sowie eine Alternativstudie zum Ausstieg, nach Regionen abgestufte Raufutterverzehr-Beiträge und die Abgeltung der Transportkosten für die Milchkäufer im Berggebiet kristallisierten sich als Forderungen der Berglandwirtschaft heraus. ■

Im Hinblick auf die Abstimmung vom 2. Juni 2002, bei welcher es um die Fristenregelung geht, können Sie einen Lösungssatz herausfinden, der aufzeigt, wie die FDP diese Vorlage beurteilt.

sind rund und doch keine Kreise	wurde 1988 für Mutter und Kind gestartet	der erste Vater mit Kinder-sorgen	grosse Fête	21	Hospiz für alle Fälle			mitveranw. Elternteil Therese im Tiro	französi-sche Fristenre-gelung (3W.)		sammeln in Blüten der junge Inn	reines Waren-gewicht	
↳	↓	↓			sie fassen d. Abstimmungs-parolen			1			↓	↓	
Mundart-lustig oder Zürcher Fluss			ganze Zimmer-flucht im Hotel						wichtige Erbstücke der Planet mit d. Ring	8			
↳	4				Sonnen-u. Gratokant. trägt der Nerz selbst			3			nomen nominan-dum		
kurzes Längen-mass			Berater bei einer Fristen-regelung	redende Legislative kleines Bundesamt						5	↓		
damit wird die Linie zur Geraden		Kains Bruderopfer kleine Rechnung			19	dieser Ibn schuf einen arabi-schen Staat	herrscht in Japan singt in d. Fledermaus					7	
↳	23	↓				der Chef im Kloster			2		gehende Abtrei-bungs-lösung	Beschützer-in der Jagd und der Jäger	Fürwort für das Kind
weder noch auf englische Art				zur Ansicht oder kurzes Zollamt			altkelti-scher Priester				↓	↓	↓
↳	6				Vertrag zw. Staaten schneller Schlitten			9		10			
Spässe über Politiker besser als nur Worte			22	bleibt das Ziel der Schwang-erschaft			Folge von Konflikten, braucht Lösung		Dep. von BR Deiss ösch. Balla-dendichter				kleiner Erdgeist oder Banker
Hirsch mit grossen Schaufeln		des Latei-ners Ich Mittelschul-abschluss		24	blutiger Anfänger ist Expo-standort			11			20	↓	
↳	13	↓	deutsche Eisenbahn-betriebs-ordnung						schwed. Männem. .. und zu, hie u. da				12
ist die Nessel die nicht brennt					wo Ber-lusconi noch regiert							heisst wahr-scheinlich Ingeborg	
↳					Napoleon-insel ist nicht mehr "in"			15		Männer-kurzname fließt zum Arno in I.		↓	
Spitzen-schläger alter Vor-unterricht	14		Rofina für Bündner Wertpa-pierfirma				auch eine Abstimmungs-parole				17	alter Film-ausser-indischer	
↳							kann süchtig machen			16		↓	
wichtige Begleitung zur Fristen-regelung	bestaunter Aargauer in Zürich				klebt on Schuhen und auf Strassen				Ins auf der Sprach-grenze				

Einsendeschluss für die Lösung untenstehenden Kreuzworträtsels ist der 25. April 2002.

Einsendung der Postkarte an:
Generalsekretariat
FDP Schweiz
«Kreuzworträtsel»
Neuengasse 20
Postfach 6136
3001 Bern

Ja zur Fristenregelung:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24
----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Ja zur Fristenregelung

Schwangerschaftsabbruch – Dilemmasituation des Gesetzgebers

Bei der Gesetzgebung zum Schwangerschaftsabbruch befindet sich der Gesetzgeber in einem Dilemma: Er ist dazu verpflichtet, die Rechte der Frau wie auch des ungeborenen Lebens zu schützen.

Von FDP-Nationalrätin Dorle Vallender, Trogen (AR)



Dorle Vallender.

Mit der zur Abstimmung gelangenden Fristenregelung versucht der Gesetzgeber, zwischen den beiden betroffenen Rechtsgütern – nämlich den Rechten der Frau und dem Schutz des ungeborenen Lebens – praktische Konkordanz herzustellen, indem während einer begrenzten Zeit von 12 Wochen die Frau ihr Selbstbestimmungsrecht über sich und das ungeborene Leben ausüben kann.

Vertrauensärztin

Die Gesetzesvorlage verpflichtet den behandelnden Arzt, mit der schwangeren Frau ein persönliches Gespräch zu führen. Der von der Frau selbst ausgewählte Arzt genießt ihr besonderes Vertrauen. Dieses Vertrauensverhältnis ist die Voraussetzung dafür, dass die Frau sich frei über ihre Probleme und ihre Situation äussern und ihre persönliche Notlage darlegen kann. Aufgabe des Arztes ist es, die Frau über die medizinischen Risiken, aber auch über Alternativen zum Schwangerschaftsabbruch aufzuklären. Dazu hat der Arzt einen Leitfaden auszuhändigen, der die Beratungsstellen auflistet, sowie ein Verzeichnis der Stellen, die einer schwangeren Frau sowohl moralische wie ma-

terielle Hilfe anbieten. Die Ärztin wird insbesondere auch die Möglichkeit der Freigabe zur Adoption erörtern.

Zwangsberatung durch den Staat verletzt das Recht auf Privatsphäre und Würde der Frau

Das Gesetz verlangt eine obligatorische Beratung durch die behandelnde Ärztin. Die Frau soll aber selber entscheiden, welche Beratung sie über diese medizinische Beratung hinaus in Anspruch nehmen will. Das setzt voraus, dass die Kantone genügend qualifizierte Beratungsstellen schaffen. Auf eine staatlich verordnete Zwangsberatung durch private/staatliche Stellen hat der Gesetzgeber aus folgenden Überlegungen bewusst verzichtet:

Eine mündige Frau wird den Entscheid für einen Abbruch nie leichtfertig treffen. Entscheidet sie sich in einer seelischen Notlage

für den Abbruch, so wird sie dies erst nach reiflicher Überlegung tun. Jede Frau weiss, dass dieser Entscheid sie ein Leben lang begleiten wird und sie diesen Entscheid ein Leben lang vor sich selber verantworten muss. Der Gesetzgeber anerkennt mit dem Verzicht auf die Zwangsberatung das Selbstbestimmungsrecht und die Entscheidungsfähigkeit der Frauen. Eine zusätzliche Beratung gegen den Willen der Frau wäre ein empfindlicher Eingriff in die Privatsphäre der Frau und – zumindest aus Sicht von betroffenen Frauen und Männern – eine unerträgliche Bevormundung. Eine verordnete Zwangsberatung durch staatliche Stellen wirft zudem die Frage auf, wer die bessere Ethik hat. Ist die Ethik der Zwangsberatungsstellen, von Sozialhelfern/Sozialhelferinnen höher zu gewichten als die Ethik der schwangeren Frau? Auch dies ist ein unerträglicher Gedanke. Zudem kann und darf der Staat einer Frau die Verantwortung des eigenen Entscheides durch forciertes Zureden nicht abnehmen.

Keine Alternative

Das sog. «Schutzmodell» der CVP ist eine Fristenregelung mit obligatorischer Zweitberatung. Die von der CVP propagierte Zwangsberatung ist indessen ein Widerspruch in sich: Entweder sucht eine Frau freiwillig und aus eigener Überzeugung eine

Beratung auf, oder sie lehnt eine solche ab. Ein Zwang zur Beratung muss daher zu einer Alibiübung werden – es sei denn, die staatliche Beratung zielt auf eine Indoktrination oder Instrumentalisierung der Frauen in der einen oder andern Richtung ab. Damit bleibt die CVP die Antwort schuldig, worin bei ihrem «Schutzmodell» der besondere Schutz bestehen soll. Das sog. «Schutzmodell» der CVP stellt absolut keine Alternative dar.

Entkriminalisierung

Es muss betont werden, dass die Vorlage kein Aufruf zum Schwangerschaftsabbruch ist. Es geht darum, dass eine Frau, die sich in seelischer Notlage nach eingehender medizinischer und umfassender Beratung durch ihren Arzt zu einem Abbruch entscheidet, nicht zusätzlich von der Gesellschaft kriminalisiert wird. Wenn man bedenkt, dass zu jeder Zeugung zwei Menschen gehören, dann gilt diese Entkriminalisierung auch für ihren Partner. ■

Anzeige

silvatur reisen
URWÄLDER
 & RENAISSANCESTÄDTE
 KULTUR- & NATURLANDSCHAFTEN

verborgen verboten
 verlockend verführerisch
 verkannt versteckt
 verträumt verzaubert

exklusive Rundreisen mit bequemen Wanderungen
 im «Neuen Europa»

ISTRISCHE ADRIA & SLOWENISCHE ALPEN
 BÖHMEN, HOHE TATRA & QUER DURCH POLEN

und andere geheimnisvolle Entdeckungsreisen
 mit bestem Komfort, märchenhafte, stimmungsvolle
 und sehr informative Reiseerlebnisse
 dank der langjährigen Erfahrung
 des Schweizer Reiseleiters, Naturexperten &
 ETH-Forstingenieurs Andreas P. Speich

Reisedaten 2002 noch wenige Plätze frei
 24. Mai–9. Juni / 28. Juni–14. Juli
 26. Juli–11. August / 4.–20. Oktober
 pauschal 17 Tage, restlos alles inbegriffen, beste Hotels,
 Fr. 5330.– im Doppelzimmer, Einzelzimmer + Fr. 720.–

silvatur reisen Postfach 135 CH-6000 Luzern 4
 Tel. 041 240 3794 Fax 041 240 3793 travel@silvatur.ch

Schengen in der Sackgasse?

Wünschenswerter Zugang zur Fahndungsdatenbank

Relativ rasch nachdem das Schweizervolk die sieben mit der EU abgeschlossenen sektoriellen Abkommen genehmigt hatte, begannen die eidgenössischen Behörden mit der Vorbereitung einer zweiten Runde von bilateralen Verhandlungen. Zudem stellte die EU das Begehren, in Fragen der Zinsbesteuerung und Betrugsbekämpfung mit der Schweiz zu verhandeln.



Regierungsrätin Karin Keller-Sutter, St. Gallen.

Von Regierungsrätin Karin Keller-Sutter, St. Gallen

Zur allgemeinen Überraschung der EU, aber auch der Schweizer Öffentlichkeit kündigte der Bundesrat Ende Januar 2001 – ohne vorherige Konsultation der Kantone – an, er strebe einen Vollbeitritt zum sogenannten Schengener Abkommen der EU an. Dies mit dem Hinweis, dass die internationale Kriminalität nur im Verbund mit der EU zu bekämpfen sei.

Übernahme von EU-Recht ohne Mitbestimmungsrecht

Das Schengener Abkommen ist eine Folge der Personenfreizügigkeit innerhalb der EU. Es wurde zur Kompensation der Sicherheitslücke abgeschlossen, die man aus dem Abbau der Grenzkontrollen erwartete. Kernstück ist das Schengener Informationssystem (SIS), eine Fahr-

dingsdatenbank, auf die alle Mitgliedstaaten Zugriff haben. Es ist sicher wünschenswert, dass die Schweiz auch Zugang zu diesen Daten erhält. Indessen ist der Preis dafür zu hoch, denn ein Beitritt zu Schengen bedeutet auch Abbau der Grenzkontrollen und einseitige Übernahme von heutigem und künftigem EU-Recht ohne Mitbestimmungsrecht. Die Schweiz würde hier einer faktischen Übertragung ihrer Souveränität im Bereich der inneren Sicherheit zustimmen. Das ist inakzeptabel. Schengen bedingt nämlich nicht nur die einseitige Übernahme von EU-Recht in diesem Bereich, sondern auch die Übernahme sämtlicher Rechtsentwicklungen unter dem Titel Schengen. Die EU begründet diese Forderung nachvollziehbar damit, dass eine solche Übernahme angesichts des Beitrittsziels des Bundesrates nur logisch sei, da dies die Schweiz ihrem Ziel näher bringe. Die einseitige Übernahme von EU-Recht ohne Mitsprache

würde jedoch zu einer Kolonialisierung der Schweiz führen. Parlament und Kantone würden ihrer verfassungsmässigen Rechte beraubt. Trotz diesem schwerwiegenden institutionellen Mangel hat der Bundesrat gegenüber der EU bekannt gegeben, er sei bereit, Schengen vollumfänglich zu übernehmen.

Rechtshilfe bei der Steuerhinterziehung

Ein weiterer Makel von Schengen liegt in seiner umfassenden Rechts- und Amtshilfe. Den Entscheid, ob eine bestimmte Rechtsentwicklung Schengenverbindlich ist oder nicht, fällt der EU-Ministerrat gestützt auf politische Überlegungen. Zudem beinhaltet Schengen die Problematik der Rechtshilfe bei den indirekten Steuern (Zoll, MWSt, Tabaksteuer), die wir heute nicht leisten. Und auch hier argumentiert die EU folgerichtig, wenn sie sagt, es sei unlogisch, dass die Schweiz den Vollbeitritt zu Schengen anstrebe, im Rahmen der jetzt laufenden Verhandlungen über die Betrugsbekämpfung die Rechtshilfe bei der Steuerhinterziehung jedoch ablehne. Ein inhaltlicher Widerspruch, der nicht aufzulösen ist. Zudem ist davon auszugehen, dass Schengen in absehbarer Zeit auch auf die direkten Steuern ausgedehnt wird. Macht damit die Schweiz nicht den entscheidenden Schritt, das Bankkunden-

geheimnis selbst zu eliminieren? Es ist für mich unverständlich, dass sich die Schweiz gegenüber der EU in Sachen Rechts- und Amtshilfe freiwillig diesem Druck aussetzt.

Kontrollen im Hinterland

Schengen berührt auch die Grenzkontrollen. Hier stellt sich für die Schweiz ein praktisches Problem. Als Nicht-EU-Mitglied bleibt der Warencoll erhalten, die Personenkontrollen müssten unter Schengen hingegen abgeschafft werden. Zulässig bleiben Kontrollen im Hinterland. Der Bundesrat argumentiert, bereits heute könnten nicht alle Grenzübertritte kontrolliert werden. Dies trifft zu. Trotzdem: Selbst wenn heute «nur» stichprobenartig kontrolliert wird, darf den Personenkontrollen an der Grenze eine gewisse Wirkung nicht abgesprochen werden. Aus Schweizer Sicht und besonders aus Sicht des Kantons St. Gallen bewirken sie immerhin, dass eine Anzahl von illegalen Grenzübertritten verhindert werden kann. Geradezu paradox ist auch, dass die EU-Staaten in ausserordentlichen Lagen Schengen ausser Kraft setzen und zur Gefahrenabwehr Personenkontrollen vorübergehend wieder erlauben können.

Kein weiterer Handlungsbedarf

Die Schengen-Strategie des Bundesrates mag unter dem Titel der interna-

tionalen Zusammenarbeit in der Verbrechensbekämpfung wohl gut gemeint sein. Bei genauerem Hinsehen offenbaren sich jedoch gravierende Mängel und Probleme. Probleme, die man sich ohne Not aufgeladen hat, denn gerade im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit hat die Schweiz mit allen Nachbarstaaten Verträge abgeschlossen, die entweder Schengen-Niveau aufweisen oder darüber hinausgehen. Polizeilich gesehen besteht kein weiterer Handlungsbedarf. Auch hat man sich trotz Versprechungen nach der Abstimmung über die Bilateralen Verträge, man wolle erst einmal damit Erfahrungen sammeln, auf ein Abenteuer voller Widersprüche eingelassen. Wäre es nicht gescheitert gewesen, nach den Bilateralen I eine Denkpause einzuschalten? Die Frage muss auch angesichts der Tatsache erlaubt sein, dass hinter den Bilateralen II keine klare europapolitische Haltung des Bundesrates erkennbar ist. Hat er sein eigenes Beitrittsziel aufgegeben, oder will er uns im Gegenteil über weitere bilaterale Verträge so weit in die EU integrieren, dass wir eines Tages faktisch beigetreten sind? Eines ist sicher, ein Scheitern des vorliegenden Verhandlungspaketes bringt die Europapolitik unseres Landes jedenfalls nicht weiter. ■

Höhere Alltagskriminalität bekämpfen

Für die Schaffung einer «Bürger-Sicherheitspolitik»

«Die Gewalt verändert das Gesicht unserer Republik. Sie ruft Angst hervor», meinte Präsident Chirac in seiner ersten Wahlkampfrede und setzte die innere Sicherheit ins Zentrum seines Wahlkampfes. Kriminalität sei nicht mehr auf soziale Randgruppen beschränkt: «Niemand ist sicher.»

Von **Andreas Müller**, Leiter Politisches Sekretariat, GS FDP Schweiz

Seit einiger Zeit nimmt das Gefühl der Unsicherheit auch in der Schweiz eher zu. Besonders die Zahlen der Straftaten gegen die Sicherheit von Einzelpersonen und Haushalten und auch immer wieder neue Ereignisse (Bankfilialleiterin, Rekrut) zeigen, dass dieses Gefühl auch objektiv begründet ist. Es braucht daher

ein politisch taugliches Konzept.

Zur zu schaffenden «Bürger-Sicherheit» gehört wie zu jedem andern erwarteten «Service public» eine hohe Qualität und Verfügbarkeit zu einem vernünftigen Preis bezüglich Kosten. Hier sei aus liberaler Sicht vor allem die verhältnismässige Einschränkung der persönlichen Freiheit erwähnt. Diese «Bürger-Sicherheit» eines jeden Einzelnen sollte vor allem aber fachübergreifend ins politische Zentrum gerückt werden: Die Verringerung der Anzahl Betroffenen muss zur prioritären politischen Aufgabe werden.

Zu oft wird in Fragen der inneren Sicherheit der Verhinderung der Alltagskriminalität nicht der ihr gebührende Platz eingeräumt, und zu oft werden strukturelle Probleme wie die Schnittstelle Bund/Kantone oder nur die

blasse Anzahl der Polizeistellen in den Vordergrund gerückt. Es ist dringend notwendig, dass der Bund in Kooperation mit den Kantonen einen gesamtgesellschaftlichen, neuartigen Ansatz wählt.

Koordinierter Einsatz gegen die Alltagskriminalität

Ein solches Konzept beinhaltet selbstredend sowohl Präventions- als auch Repressionspolitik, dies aber fachübergreifend mit querschnittartigem Einbezug insbesondere auch der Migrations-, Integrations-, Bildungs- und Sozialpolitik bis hin zur einer Politik des Wirtschaftswachstums sowie der Raumordnungspolitik.

In Kooperation mit den Kantonen ist ein umfassendes Massnahmenpaket zu erarbeiten, das die zu entwickelnden Massnahmen in den eben er-

wähnten Politikbereichen bündelt und somit ein koordiniertes, gemeinsames Vorgehen erlaubt. Hierzu ist es notwendig, dass alle Departemente ihre jeweiligen betroffenen Fachbereiche in den Dienst der «Bürger-Sicherheit» stellen.

Keine Fachgrenzen mehr

Der zu wählende Ansatz kann nicht nur auf Fragen des Strafrechts- und des Polizeiwesens beschränkt werden, sondern muss notwendigerweise Fragen aus allen andern Departementen genauso umfassen. Bereiche des EDA (gewisse Aspekte der Entwicklungshilfe), des EDI (Bildung als Integrationsaufgabe, Soziale Sicherheit, Drogenpolitik), des VBS (Armee im Dienste des Bürgers), des EJPD (Migrationspolitik, Repression), des Uvek (Verkehrssicherheit, Raumplanung), des EVD (Wirtschaftswachstum für alle) oder des EFD (Grenzwachtkorps, finanzielle Mittel für die Prävention) und natürlich alle diesbezüglichen Fragen auf Kantons- oder auch Gemeindeebene verdienen es, gebündelt auf die einzelne «Bürger-Sicherheit» fokussiert zu werden.

Ist das heute der Fall? Aus lauter Diskussion über USIS I, II oder III oder die Schnittstellen zwischen VBS und EJPD oder die ewig wiederkehrende Frage der Schnittstellen zwischen Bund und Kanto-

nen oder auch zwischen Kanton und Gemeinde (Zürich lässt grüssen) entsteht je länger, je mehr der Eindruck, dass es hier auch oder vor allem um Besitzstandswahrung oder Eigeninteresse geht. Strukturelle Fragen, und nicht inhaltliche, stehen im Vordergrund.

Hat die «Bürger-Sicherheit» nicht mehr verdient?

Impressum

Schweizer Freisinn

24. Jahrgang
Erscheint monatlich in einer beglaubigten Auflage von 70 800 Exemplaren.

Herausgeberin/Redaktion

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz
Redaktion: Ruedi Schläpfer (rus). Für die Kantonsseiten die jeweilige Kantonalpartei.
Postfach 6136, 3001 Bern
Telefon 031 320 35 35
Fax 031 320 35 00
E-Mail schlaepfer@fdp.ch
Internet www.fdp.ch

Inserate

Kretz AG
Verlag und Annoncen
General Wille-Strasse 147
8706 Feldmeien
Telefon 01 925 50 60
Fax 01 925 50 77
E-Mail fdp.annoncen@kretzag.ch
Internet www.kretzag.ch

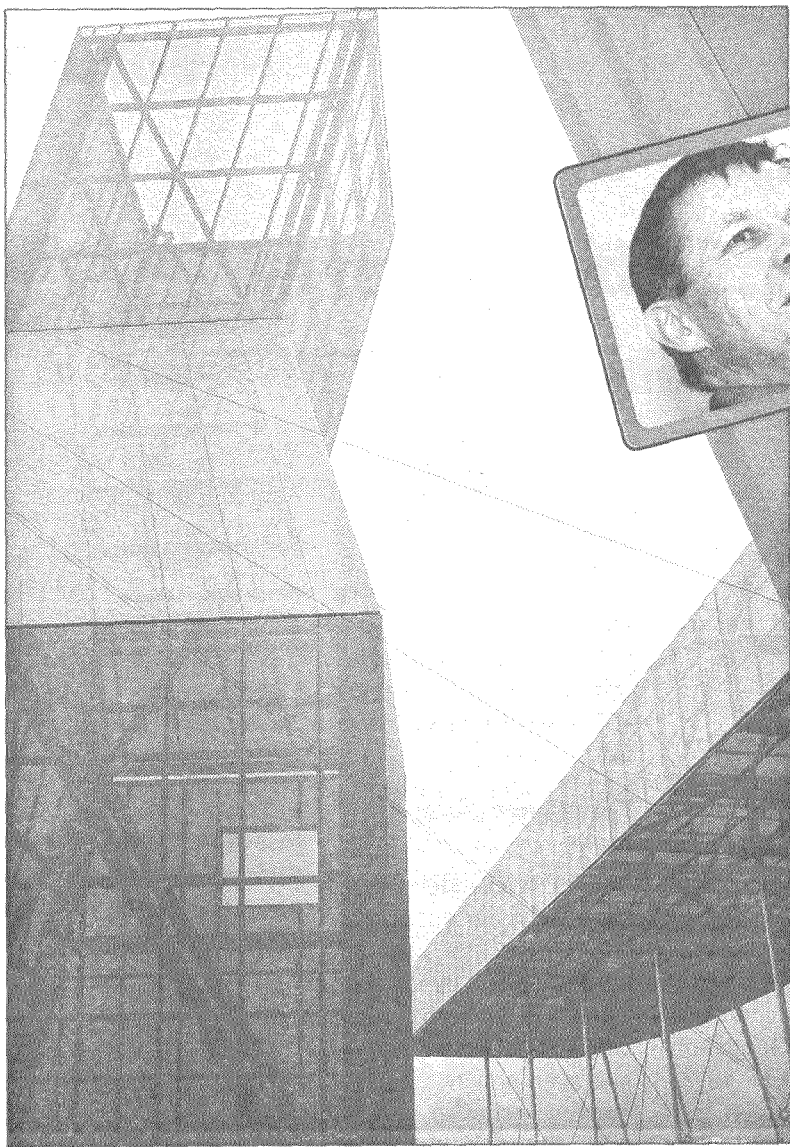
Layout/Druck

NZZ PRINT
Postfach, 8021 Zürich
Telefon 01 258 15 02
Fax 01 258 18 99
ISDN 01 773 11 15
(alle Protokolle)
E-Mail print@nzz.ch
Internet www.nzzprint.ch



Securitas, zwischen VBS und EJPD.

Bild Reuters



Die Seite
des Expo.02-
Präsidenten

Die Landesausstellungen: schon immer Zankäpfel

Eklats, Querelen, schubladierte Ideen – Schweizer Landesausstellungen liefern seit je Zündstoff. Wer in die Archive steigt, entdeckt vergessene Geschichten, die ein Spiegelbild der jeweiligen Schweiz sind. Ob kurios oder brisant: Die verstaubten Dossiers relativieren die Debatten über die Expo.02. Ein Blick zurück.

«Pleitegeier über der Expo»: eine Schlagzeile zur neusten Landesausstellung? Keineswegs. Der Titel stammt aus der Zeitung «Zürcher Woche», welche den Aasvogel über der Expo 64 in Lausanne kreisen sah. Das Beispiel belegt, wie kontrovers Landesausstellungen schon früher waren. Selbst

die Verschiebung der Expo.02 erscheint im Licht der Geschichte nicht als Sonderfall. So wurde zum Beispiel der Termin für die legendäre «Landi» von 1939 dreimal geändert, bevor sie stattfinden konnte. Mit Erfolg: Auch der Bauernverband und die Arbeiterschaft liessen sich schliesslich für das Vorhaben gewinnen und erweiterten die Trägerschaft – was am Vorabend des Zweiten Weltkriegs wichtig war für die Demonstration nationaler Geschlossenheit. Unter den Attraktionen machten dann vor allem die Höhenstrasse, der Schifflibach und das Landidorf Furore.

Zur falschen Zeit

Selbstdarstellung zählte immer zu den Zielen der Landesausstellungen

gen – bereits bei der ersten 1883 in Zürich, die sich primär als Warenmesse verstand und in die Tradition der Weltausstellungen von London und Paris einreichte. Die Kaufmännische Gesellschaft Zürich als Initiantin verherrlichte die Arbeit und propagierte den Fortschritt als übergreifendes Ziel der verschiedenen Gruppen und Klassen im jungen Nationalstaat. Doch diese Expo fiel in die Zeit einer starken Wirtschaftskrise. Und das Ideal helvetischer Harmonie geriet im Streit der Föderalisten und Zentralisten nach der Verfassungsreform von 1874 ebenfalls unter Druck.

1896 eröffnete die zweite Landesausstellung ihre Tore, nun unter glücklicheren Vorzeichen in Genf. Trotzdem polarisierte das Projekt. Anlass zu Kritik gab, dass die Unterschichten ebenso wie die mit der Industrialisierung verbundenen Probleme im nachgebauten «Schweizer Dorf» weitgehend ausgeblendet blieben. Zudem entstand ein «Negerdorf» mit rund 200 Afrikanern. «Völkerschauen dieser Art waren in der Epoche des kolonialen Imperialismus weit verbreitet. Nicht weniger Gesprächsstoff lieferte der Organisator des Dorfes: Er suchte eines Abends mit den Tageseinnahmen das Weite.

Die ersten beiden Landesausstellungen erweisen sich somit im Rückblick nicht nur als Spiegelbild der Schweiz, sondern auch als Anschauungsunterricht für Integration und Ausgrenzung. Und darin wiederum manifestierten sich politische Kräfteverhältnisse und gesellschaftliche Definitionsmacht.

Fussball als Trostpflaster

Bei der dritten Expo (Bern, 1914) verschärfte sich nach den sozialen ein sprachlicher Konflikt: jener zwischen Deutschschweizern und

Romands. Letztere fühlten sich schlecht vertreten und sprachlich ins Abseits gedrängt. Darüber hinaus kritisierten sie die Architektur und das Ausstellungsplakat, welches einen fahrentragenden Jüngling auf einem grünen Pferd zeigte und von Emil Cardinaux stammte. Dies sei die reinste «Händlererei», wurde gewettert. Als Folge kam das Plakat in zwei Versionen in Umlauf. Für einen Lichtblick sorgte unter den Romands hingegen ein 6:0-Sieg ihrer Auswahl in einem Fussballmatch gegen die Deutschschweizer.

Zum Teil schon damals, definitiv aber an der «Landi» 1939 verlagerte sich das Schwergewicht hin zu thematisch orientierten Ideenschauen. Die «Landi», unter der Parole der «geistigen Landesverteidigung» Ausdruck des Wehrwillens und ideologische Lehrveranstaltung, wartete mit modernen technischen Errungenschaften auf. Zugleich zelebrierten die Veranstalter das Bild einer ländlich-folkloristischen «Dörfli»-Kultur, in der Antisemitismus oder Armut keinen Platz hatten.

Monorail und Mésoscaphé

Als sozialkritischer und konsequenter neuzeitlich erwies sich 25 Jahre später die Expo in Lausanne. Zwar gelangten kühne Entwürfe wie ein 550 Meter hoher Turm oder eine Mustersiedlung unter Mitwirkung des Star-Architekten Le Corbusier nicht zur Ausführung. Innovationsgeist bewiesen die Organisatoren indes mit neuartigen Verkehrsmitteln wie dem Monorail und dem Telekanapee, die über den Köpfen der Fussgänger fuhren, sowie dem ersten Touristen-U-Boot der Welt, dem Mésoscaphé von Jacques Piccard. Misstrauen, Misstöne und Finanznöte begleiteten den Grossanlass – wie heute manchmal die Vorbereitungen für die Expo.02. Doch eines sollte man beim Vergleich nicht vergessen: Im Ergebnis galt die Expo 64 der renommierten «New York Times» als Ausstellung des Jahrhunderts. *Marcel Marti*



Karikatur Andreas Töns

Aus 100% Engagement und 12% Erdöl.

Wenn Solarzellen die Sonnenstrahlen in Strom verwandeln, ist Erdöl daran beteiligt. Die Zellen sind nämlich in Klebstoff eingebettet, und der wird mit Erdöl gemacht. Sie sehen: Selbst wenn es um erneuerbare Energie geht, braucht es Erdöl. Auch auf diese Weise leistet das schwarze Gold einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung, einer der wichtigsten Aufgaben des 21. Jahrhunderts. **Als Sponsor der Expo.02 unterstützen wir den «Palais de l'Equilibre», der Nachhaltigkeit zum Thema hat.**